

Die Postkarte
erhältlich & wird
und durch die
Expedition, Kais. Graupenstr. 6/6,
und durch Adressaten zu bestreichen.
Preis vierter Klasse M.R. 2.50.
pro Stück 20 Pf.
Durch die Post bezogen M.R. 2.50,
selbst ins Ausl. M.R. 2.92,
wo keine Post am Drie, M.R. 3.84.

Postkarte ab 1911, bestimmt
für die einschlägige Colonisation
aber deren Kosten 20 Pf.
Rückporto Kosten 20 Pf.
Doppelte unter Zeit 1.00 Pf.
Postkarte für Rückporto 15 Pf.
Abrechnung 15 Pf.
Vereinigte Versammlungsangelegenheiten
15 Pfennige.
Postkarte für nächste Sammlung
wurden bis Sonntag über in der
Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Redaktion 1206.

Nr. 6.

Breslau, Mittwoch, den 8. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Zur Entwicklung der schlesischen Landwirtschaft.

In der Prinzipienerklärung des Erfurter Programms wird gesagt: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes.“ Es wird weiter ausgeführt, daß der Arbeiter immer mehr von seinen Produktionsmitteln getrennt und in einen bessischen Proletariat verwandelt wird, während die Produktionsmittel immer mehr zum Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgruppen bestehen werden.

In Handel und Industrie vollzieht sich diese Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse so augenscheinlich und greifbar, daß sie vielfach einer Katastrophe ähnlich sieht. Der kapitalistische Großbetrieb saugt hier alles auf und umfaßt mit seinen Großbanken, Trusts und Monopolen wie mit Polypenarmen alles Lebende. Nicht ganz so scheint die Entwicklung der Landwirtschaft zu sein. Hier zeigt die Betriebsstatistik vielfach sogar das gerade Gegenteil. So nahmen die Großgrundbesitzer von über 200 Hektar landwirtschaftlich benutzten Fläche von 1895 bis 1907 um 1000 Betriebe mit 1 Million Hektar Gesamtfläche ab, dagegen die Mittelbauern um 67.000 mit 1,2 Millionen Hektar zu. Der bürgerliche Betrieb in seinen vielfachen Abstufungen bildet immer noch den Schwerpunkt der deutschen Landwirtschaft. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft Frankreichs, wie Compere-Morel in der „Neuen Zeit“ (13, 1912) an der Hand der Arbeit von Auge-Varié ausführt. Beide Autoren geraten aber bei der Betrachtung der Ursachen vielfach in Widerstreit, und in der Tat sind die treibenden Kräfte dort wie hier sehr kompliziert, wie überhaupt das Agrarproblem schon deswegen sehr unübersichtlich ist, weil nicht nur das Grundstück in vielen Beziehungen anderen Grundsätzen folgt wie das Kapital, sondern auch, weil die Statistik gerade in den Hauptzahlen noch fast unvollkommen ist. Ja selbst in der vermittelten Frage der Verschiebung in den Großklassen verfehlt sie vielfach. Das Kaiserliche Statistische Amt räumt offen ein, daß manche Veränderungen seit 1895 größtenteils formaler Art sind und auf unsicherer Grundlage beruhen, sodaß z. B. die Erfassung der kleinsten landwirtschaftlichen Über- und Vorstellenbetriebe (unter zwei Morgen bzw. von 2 bis 8 Morgen) ganz unzuverlässig ist. Etwas sicherer ist der Boden schon da, wo wir bürgerliche Betriebe (2 bis 100 Hektar) und Großbetriebe (über 100 Hektar) vor uns haben. Aber auch bei den bürgerlichen Betrieben verhindern zwei Umstände eine klare Beurteilung: „Viele Betriebe unter 2 Hektar in den fruchtbaren Gegenden des Obst-, Wein-, Tabak- und Hopfenbaus sind bürgerlichen Betrieben gleich zu stellen“, und ferner wurden 1907, was die Anbaufläche angeht, die sogenannten geringen Welden, überhaupt nicht mehr zum landwirtschaftlich benutzten Boden gerechnet.

Betrachten wir mit diesen Einschränkungen die Ergebnisse für Schlesien, so kommen wir für den Zeitraum 1895 bis 1907, der also recht eigentlich in die wirtschaftliche Umwälzung des Reiches fällt, zu folgendem Bild: Die Betriebe der Kleinbauern (2 bis 5 Hektar) sind um 1825 weniger geworden, die der Großbauern (20 bis 100 Hektar) um 2419 weniger, die der Rittergüter (über 100 Hektar) um 35 weniger; dagegen haben sich die mittelbürgerlichen (5 bis 20 Hektar) um 4336 Betriebe vermehrt. Noch deutlicher wird diese Verschiebung, wenn wir die Aufzählung ins Auge faßt:

Rittergüter	106.512 Hektar weniger,
Großbauern	33.781
Kleinbauern	5.683
Mittelbauern	48.865 mehr.

Auf den ersten Blick steht das freilich sehr wenig nach kapitalistischer Konzentration aus; und doch sind die Spuren des Kapitalismus unverkennbar. Allerdings sind es auch indirekte Wirkungen: bei dem größeren Besitz die oft ganz furchtbare Landflucht, der nur mit Mühe durch östliche Einwanderer begegnet wird, bei den Kleinbauern angesichts der wenig lohnenden und unrationellen Zwergwirtschaft der massenhafte Übergang zur Industrie, also auch hier unverkennbar die Motive der allgemeinen Landflucht. Für den mittelbürgerlichen Aufstieg aber, der sich in fast allen Teilen des Reiches wiederholt, gilt zumeist, was Auge-Varié allgemein von der französischen Landwirtschaft sagt: „Die Landwirtschaft ist in Frankreich noch nicht ein getreues Abbild der Industrie geworden, und auf dem Lande findet man noch nicht jene erbitterte Konkurrenz unter den Produzenten, jene Vernichtung der Schwachen, jene Überlegenheit des Großkapitals, die das wirtschaftliche Leben der kleinen Industriellen und kleinen Kaufleute ruiniert.“ In seiner Kritik Auge-Variés läßt aber Compere-Morel die viel wichtigeren, weil entscheidende Frage auf, ob die Bäuerin wird Bauern sowohl jetzt als auch späterhin imstande sein werden, in einem wirtschaftigen auf ihrem

kleinen Besitz zu existieren. Der zahlenmäßige Rückgang der Kleinbauern verneint diese Frage schon heute für Frankreich wie für Deutschland entschieden und die ansehbende Zunahme der Mittelbauern verblaßt, bei Licht besehen, völlig, wenn wir uns vorstellen, wie der Mittelbauer nicht nur sich selbst, sondern auch Weib und Kinder von früh bis spät ins schwere Arbeitsjoch spannen muß, um fertig zu werden, wie er sich daran gewöhnen muß, seine Lebenshaltung auf das Sparjämmer zu gestalten und auf alle höheren Lebensbedürfnisse zu verzichten, wie er alles, was sich nur zu Geld machen läßt, selbst die seltsamsten Milch, den Käse und das Schlachtwiein verkauft, weil er Bargeld braucht, um bei der immer unheimlicher werdenden Hypothekenverschuldung die Zinsen rechtzeitig bezahlen zu können, und die hohen Unterhaltpreise zu erschwingen. Ganz abgesehen davon, daß er heute fast alle sonstigen Lebensbedürfnisse, die früher Selbstprodukt waren, im Warenhandel kaufen muß. Bei seinem Menschen ist Bargeld rar, wie gerade beim Bauer, und wäre nicht die ungeheure Kaufkraft der angeschwellenden Industriebevölkerung, die bei den hohen Produktpreisen den Bauern über Wasser hält, so wären die Zahlen der Statistik auch für die mittelbürgerlichen Betriebe genau so auf dem Rückzug, wie bei den Kleinbauern. Mag sich der Bauer auch noch fit und selbständig halten — er ist doch schon heute ähnlich wie der Proletarier ohne Arz und Holz ein Knecht des Kapitalismus, ganz gleich ob er seine Hypothek zahlt oder sein Kind an den Händler verkauft oder seinen Roggen. Und wenn er auch sein Arbeitsjoch noch immer nicht fühlt — sind es nicht seine eigenen Kinder, die es auf die Dauer unerträglich finden, die ihre Jugend darunter verloren haben, so daß sie bei der ersten Gelegenheit von der heimatlichen Scholle flüchten und ins Proletariat abwandern.

Beileibt der Großgrundbesitz: Es ist grundsätzlich, hier von einem „Großbetrieb“ in technischem Sinne zu sprechen. Der wahre Großbetrieb arbeitet raffinierter rationell, unter Investierung größter Kapitalien, wenn es sein muß. Das kommt nun mit dem einzigen Unterschieden, daß die Zahlen zeigen, daß die Großbetriebe von ihnen mehr wie vom Kleinbetrieb die Maschine zur Hilfe herangezogen, und in der Aussichtung der Menschenkraft leisten sie das Ullschlimmste; aber im allgemeinen holen sie aus dem Boden auch nicht annähernd das heraus, was z. B. bei einem kommunistisch organisierten Großbetrieb herauszuholen wäre, von der Viehzucht ganz zu schweigen. Überall in der Landwirtschaft, in der großen wie in der kleinen, Kräftezersplitterung, Menschenausbeutung, Energievergängung. Der vaterländische Boden schreit nach Erlösung von diesen Wirtschaftsmethoden, und das aufgehende Genossenschaftswesen ist der beste Beweis dafür, daß die Einzelwirtschaft unzulänglich ist. Mögen es bürgerliche Nationalökonomien auch hartnäckig ableugnen und sich an die starke Statistik halten: die Marx'sche Konzentrationstheorie macht auch vor den Bauernhäusern nicht halt. Was für ein Grund lüge auch dafür vor? In der Form freilich wird sich dabei vielleicht manches mildern, und Keatsch könnte so unrecht nicht haben, wenn er in seinen Erläuterungen zum Erfurter Programm an einer Stelle sagt: „Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbestehen — von einer Konfiskation der kleineren Bauerngüter und Handwerkstätten phantasierten bloß unsere Gegner. Aber — die Kleinbetriebe werden von ihren Besitzern rasch und gern verlassen werden, sobald der vergessliche Großbetrieb ihnen angenehme Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet. Und das wird und muß er, sobald die arbeitenden Klassen Herren des Staates geworden sind.“

Politische Übersicht.

Ritterlen-Wächters Nachfolger.

Der deutsche Botschafter von Rom, Herr v. Jagow, ist zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt worden. Der Unterstaatssekretär Hammermann, der ehemalige Praktizierer in der deutschen Auslandspolitik, hatte abgelehnt und gleichzeitig versichert, auch unter dem neuen Staatssekretär im Amt bleiben zu wollen.

Gottlieb v. Jagow wurde am 22. Januar 1863 in Berlin geboren. Er wurde 1897 Legationssekretär in Hamburg, im Oktober desselben Jahres zweiter Sekretär an der Botschaft in Rom. Im Juli 1900 kam v. Jagow als Legationssekretär an die Gesandtschaft im Haag, wurde dann im März 1901 wiederum nach Rom versetzt und lebte dort in den Posten eines ersten Botschaftsrates, den er über fünf Jahre bekleidete. Dann wurde v. Jagow als wertlicher Legationsrat und Vortragender Rat ins Auswärtige Amt berufen. Im Jahre 1907 trat v. Jagow aus dem Auswärtigen Amt aus und kam an die Gesandtschaft in Eigemburg. Zwei Jahre später wurde er Botschafter in Rom, welchen Posten er bis jetzt innehatte.

An den Brennpunkten des politischen Lebens im Auslande, in Wien, in Paris, London und Petersburg, war Herr v. Jagow also noch nicht tätig, und die Stellungen in Eigemburg und im Haag bieten für diplomatische Geschicklichkeit kein Beläufungsfeld. Eigentlich weiß man von dem neuen Lenker unserer Auslandspolitik nur, daß er Körperschüler des Kaisers ist und daß er als deutscher Botschafter in Rom von dem bevorstehenden Ausbruch des Tripolistriezes lange nichts gewußt hat.

Der Nachwuchs der deutschen Armee.

Die soeben veröffentlichten statistischen Nachweise über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts im Jahre 1911 und über die Schulbildung der Rekruten sind deshalb von besonderem Interesse, weil sie mit einiger Sicherheit Aufschluß geben über die körperliche und geistige Verfassung der heranwachsenden männlichen Jugend in einem der wichtigsten Lebensabschnitte. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Statistik über die Schulbildung der Rekruten nur ein sehr oberflächliches Bild von dem Stande der Volksbildung in Deutschland gibt, da sie nur die größten Fälle mangelnder Schulbildung aufzeigt. Als Mannschaften „ohne Schulbildung“ werden diejenigen betrachtet, die in keiner Sprache genügend lesen oder ihren Vor- und Familiennamen nicht leserlich schreiben können. Aus den erwähnten statistischen Nachweisen geht hervor, daß die in der deutschen Armee ohnehin sehr niedrige Zahl der Alphabeten noch immer im Rückgang begriffen ist, daß aber die körperliche Verfassung der dienstpflichtigen jungen Männer sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es zeigt sich, daß die Sozialpolitik mit der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands nicht in dem Maße Schritt gehalten hat, daß die nachteiligen Einwirkungen der Fabrikarbeit auf die Volksgesundheit bekämpft werden könnten. In den Jahren 1903 bis 1911 entwickelten sich die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts folgendermaßen; es waren von je 100 eingetätigten Abgefeilten:

	tauglich	läufig	minder tauglich	tauglich
1903	57,1	15,7	17,5	6,5
1905	56,3	14,7	22,0	6,8
1906	55,9	14,7	22,7	6,5
1907	54,9	15,1	28,1	6,7
1908	54,5	15,2	23,8	6,3
1909	53,6	14,9	25,0	6,3
1910	53,0	14,8	25,9	6,1
1911	53,4	15,1	26,1	6,4

Wenn im Vergleich zum Jahre 1903 die Quote der absolut Untauglichen um 2,2 Prozent gesunken ist, so darf diese Tatsache als Symptom für eine Besserung der Volksgesundheit nicht überhaupt werden, da in diese Kategorie hauptsächlich Krüppel, Blinde, unheilbare Kranken usw. gehören. Bedeutlich erscheint die Zunahme der Minderfünglichen, d. h. der Schwächlinge und Unterernährten, um 5,6 Prozent. Die Prozentsätze der Minderfünglichen sind seit dem Jahre 1903 um 3,7 Prozent gefallen. Die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts haben sich bis zum Jahre 1910 fortgesetzt verschlechtert. Erst das Jahr 1911 brachte eine geringe Besserung. Ob sie anhalten wird, erscheint angesichts der herrschenden Dauerung und der damit notwendig verbundenen Unterernährung weiter Volkskreise sehr zweifelhaft.

Auch ein Duellskandal.

Am 1. Dezember erinnerte bei der Staatsdebatte unser Parteigenosse Dr. Frank den Abg. Spahn, von dem man wußte, daß er den Dolch im Gewande trug, daran, daß das Zentrum doch auch die Drohungen, die es im Anschluß an die bekannte Duellsrede des Kriegsministers von Heeringen an die Adresse der Regierung richtete, nicht wahr gemacht habe. Die Erwähnung dieser Angelegenheit war dem Zentrumsführer in diesem Moment außerordentlich peinlich und er suchte sich mit dem Hinweis aus der Affäre zu ziehen, daß doch eine neue Kabinettsordre, die eine Einschränkung des Duellkunigs zum Gegenstand habe, in Aussicht gestellt sei.

Wer das schon damals eine mehr als soweit Wissende, so scheint es jetzt, als solle den Klerikalen die Möglichkeit, sich hinter diesen Vorwand zurückzuziehen, gänzlich genommen werden, denn die Milit.-Polit. Korrespondenz, die sich guter Beziehungen erfreut, weiß zu melden, daß die Absicht des Erlasses einer Kabinettsordre vollständig aufgegeben sei, und in der Duellfrage also alles beim alten bleibt.

Die geplante Verordnung sollte eine Ergänzung der strengernden Bestimmungen vom 1. Januar 1897 werden und u. a. bestimmen, daß Zwettkämpfe zwischen Offizieren und u. a. grundsätzlich erst nach Abschluß eines förmlichen strengernden Verfahrens ausgetragen werden dürfen. Eine Umfrage, die durch das Militärkomitee dieserhalb vorgenommen ist, hat ergeben, daß die große Mehrzahl der Kommandierenden Generale mit Entschiedenheit die bisherigen Verbauungsmethoden gegen das Duell im Heere für ausreichend halten.

Das Zentrum hat also jetzt zwei Kriegsgründe, die Jesuiten und das Paull, und es wird ihm immer schwerer gemacht, den Sabel in der Scheide zu behalten.

Über die Sache hat doch auch noch eine andere Seite. Außer der Erklärung des Kriegsministers liegt auch noch eine Resolution des Reichstags vor. Sie ist am 18. Mai gefasst worden und fordert den Reichskanzler auf, nicht nur für strengste Durchführung der Ordre vom 1. Januar 1897 zu sorgen, sondern auch alsbald Schritte zu tun, die geeignet sind, die Zwielämpfe zu beseitigen und einem Bruch zur Herausforderung zum Zwielampf und zur Annahme eines solchen entgegenzutreten. Ferner verlangt die Resolution eine Anerkennung des Militärstrafgesetzbuches in dem Sinne, daß bei der Beftaufung des Zwielampfes und der Herausforderung auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen ist, während kein Offizier wegen Ablehnung des Duells entlassen werden soll.

Nun sind wir zwar an die Mißachtung der von der Volksvertretung angenommenen Resolutionen durch die Regierung gewöhnt, aber die Begehung des Parlaments und seiner Wünsche würde doch ein selbst im Deutschen Reich unerhörtes Maß erreichen, wenn man selbst auf die Einlösung der Versprechungen verzichtete, die der Kriegsminister in der Kommission und im Plenum des deutschen Reichstages abgegeben hat. Das wäre dann keine Angelegenheit des Zentrums mehr, sondern eine aller Parteien, auch dieser, die gegen die Resolution gestimmt haben. Nicht nur dürfte der Minister v. Heerlingen nicht mehr vor dem Parlament erscheinen, sondern es müßte auch jedem Nachfolger der Staat so lange verweigert werden, bis dieser Standort aus der Welt geschafft wäre. Allerdings, zur Durchführung dieses Programms bedürfte es einer Voraussetzung. Der Reichstag müßte über die genügende Dosis von Selbstachtung verfügen. Da aber hapert und man kann die Kette wagen, daß selbst das am meisten betroffene Zentrum sie nicht aufbringen und die Sozialdemokratie wieder einmal allein als die Vertreterin der Würde der Volksvertretung dastehen wird.

"Selbsthilfe".

Aus Zweibrücken meldet das Wolff'sche Telegraphen-Büro:

Der Oberst und Regimentskommandeur Emil Henigst vom hiesigen 22. Infanterieregiment verließ gestern mittag auf der Straße dem Journalisten P. Roth, nachdem er sich über dessen Identität erkundigt hatte, einen Schlag. Den Unfall dazu soll ein Presseattentat gegeben haben. Der Angreifene hat Strafantrag gestellt.

Aus Wien meldet die "Voss. Blg.":

Der 49jährige Kutscher Johann Gallner fuhr mit dem Fiacr, in dem die Fürstin Lichteneggs saß, durch die Wollzeile. An den Sitzensäete stürzten beide Pferde und der Kutscher stieg vom Fiacr, um den Tieren aufzuhelfen. In diesem Augenblick kam von der entgegengesetzten Seite ein Automobil daherk. Es mußte anhalten, da die Straße durch den Fiacr gesperrt war. Nach einigen Minuten sprang aus dem Automobil ein Kavallerie-Oberleutnant heraus, der den Kutscher aufforderte, sich zu beeilen. Es kam zu einem Motorechsel, in dessen Verlauf der Offizier den Södel zog und dem Kutscher zwei scharfe Jammerbüchse. Der Kutscher wurde ins Spital gebracht, er ist schwer verletzt.

Wir wollen abwarten, wie man diese beiden Offiziere beurteilt, wie die Zeitumstände dagegen angetan sind, daß beispielhaft das patriotische Gefühl ins Krankenhaus zu steigern. Wenn die patriotischen Blätter es fortgesetzt so darstellen, als ob die Zukunft und das Heil der Nation nur auf der Armee beruhe, dann ist es deinetwegen nicht zu verwundern, daß bei schwachen Charakteren der Dunkel ins Unermessliche wächst, und wenn ihre Gemüter durch Kriegsbilder und Kriegshegereien überholt werden, liegt es sehr nahe, daß sie ihnen Mut, so lange sie nicht gegen den "Feind" losgelassen werden, einflößen können gegenüber erproben, durch die sie sich in ihrer Speziallehre gefährt fühlen.

Die katholischen Pfarrämter im Dienste des Zentrums.

Die "Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichten Belege für den innigen Zusammenhang, der zwischen dem

Zentrum und den katholischen Pfarrämmern besteht. Die Adresse sieht folgendermaßen aus:

Zentrumsfaktion
des deutschen Reichstages.

Die hochwürdige katholische Pfarramt

2. Ring, Bayern.

Geschrieben ist nur die Ortsadresse, alles andere ist bereits vorgedruckt, woraus sich ergibt, daß die Couverts wohl für alle Pfarrämter Deutschlands verwendet werden. Der Inhalt des Couverts bestand aus zwei Schreiben. In dem ersten weiß der zweite Vorsitzende der Zentrumsfaktion des deutschen Reichstags Abg. Dr. Schaefer darauf hin, daß im Verlag der "Germania" eine kleine Schrift, betitelt "Selbstlengesetz und Bundesrat", herausgegeben im Auftrag der Zentrumsfaktion, erscheinen wird. Das zweite Schreiben empfiehlt den Pfarrämmern, für möglichst weite Verbreitung der Broschüre Sorge zu tragen und hebt besonders hervor:

Im Januar wird die Zentrumsfaktion den Antrag auf Auslegung des Selbstlengesetzes im Reichstag wieder einbringen. Ein Erfolg dieses Vorgehens wird wesentlich unterschätzt werden können, wenn sich bis dahin der Klimax über die ungerechte Behandlung des katholischen deutschen Volksstabs, die in der Aufrechterhaltung und Handhabung dieses Gesetzes liegt, in möglichst zahlreichen Proteststundgebungen äußert.

Der Sendung lag außerdem eine bereits vorgebrachte Postkarte bei, auf welcher der Pfarrer nur die Anzahl der Exemplare einzutragen braucht, die er zu begießen beabsichtigt. Damit hatte das Zentrum gleich eine Kontrolle darüber, ob die einzelnen Pfarrer auch ihre Schuldigkeit getan haben und bei dem Einsturz, den die Zentrumsfaktion bei hohen katholischen Würdenträgern hat, konnte sich jeder Pfarrer von vornherein darüber klar sein, daß es sein Schaden nicht sein werde, wenn er eine eifige Werbetätigkeit nicht nur für die Verbreitung der Broschüre entfalten würde, sondern auch dafür, daß die katholische Volksseele rechtzeitig und ganz gezielt zum Kochen gebracht wird. Das Zentrum bestreitet sonst immer, eine konfessionelle Partei zu sein, die Art jedoch, wie die katholischen Pfarrämmern vom Zentrum als Vorspann für die Zentrumssache benutzt werden, beweist wieder einmal, wie wenig die Behauptungen des Zentrums der Wahrheit entsprechen.

Die Jugendbewegung, ein Dorn des Katholizismus.

Die Arbeiterjugendbewegung erhält wieder einmal ein Lob aus Feindesmund. Die "Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" konstatiert nämlich, daß all die Versuche, die gemacht worden sind, der proletarischen Jugendpflege den Garan zu machen, läufig gescheitert sind. Es zeigt sich leider, so klagt das Schriftmacherorgan, daß die Sozialdemokratie bei weitem im Vorsprung ist. Natürlich wollen die organisierten Arbeitgeber nun nicht resignieren und ihr Blatt mahnt zu neuen Anläufen. Es wendet sich an die bürgerlichen Elemente, die noch tiefer in ihren Beutel greifen sollen und vor allen Dingen an den Staat, der die "opferwilligen Patrioten" nach besten Kräften zu unterstützen habe. Nicht allein durch Steuerzahler, sondern auch durch entsprechende Maßregeln der Verwaltung und Gesetzgebung.

Erstens wird es ihm obliegen, gewissenhaft den Schleichweg nachzugehen, auf denen die Sozialdemokratie die ihrer Mission unter den Jugendlichen durch das Reichsvereinigte errichteten Hemmnisse zu umgehen sucht, u. sofern eben die politische Seelsängerei durch Veranstaltungen vom Schlag der Hamburger und noch dazu mit Hilfe von staatlich angestellten Lehrern betrieben wird und zum zweiten wird es darauf ankommen, aus den derart genannten Erfahrungen gewisse Konsequenzen gesetzgeblicher Art zu ziehen.

Es ist wohl nicht Bescheidenheit, die die "Arbeitgeber-Zeitung" darauf verzichten läßt, ihre Anregungen genauer zu umschreiben. Sie wird sich schon Mühe gegeben haben, bestimmtere Vorschläge zu formulieren, aber wahrscheinlich ist ihr das bezüglich nicht gelungen, weil der Staat schon alles Erdenkliche getan hat, um die Jugendbewegung des

Proletariats zu erobern und weil selbst die Schriftsteller mit ihrem robusten Gewissen Debenken tragen, Maßnahmen zu befürworten, die dem Recht und dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlagen. Man will die Initiative dazu der Magistratur überlassen. Auf alle Fälle aber beweist der Umstand, daß gerade die "Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" einen solchen läbhaften Anteil an der Jugendpflege nimmt, in wessen Interesse der Staat und die "opferwilligen Patrioten" in schönem Verein tätig sind.

Es ben preußischen Landtagswahlmählern. Aus Magdeburg wird mitgeteilt, daß jetzt das Wahlblatt zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler für die ganze Provinz Sachsen zum Abschluß gekommen ist. Nach dem Abschluß gewährleisten sich beide Parteien ihren bisherigen Besitzstand und stellen für die übrigen Wahlkreise gemeinsame Kandidaten auf. Auch im norddeutschen Westen, in dem Kreise Minden-Lübbecke und Bielefeld-Herford-Halle haben sich die Fortschrittler für ein Wahlblatt mit den Nationalliberalen trafen gleichfalls ein. Abkommen mit den Fortschrittler sind diese Wahlblatt mit den Nationalliberalen nicht ausgestanden und die Ausschaltung hat recht, wenn sie über das nationalliberale Wahlblatt gehen, um die Nationalliberalen zu schützen. Nationalen waren dann nach die nationalliberalen Prekonzertierungen, die den Konflikt zwischen Bethmann-Hollweg und dem Zentrum zur Erneuerung eines nationalliberal-konservativen Bündnisses ausnutzen wollten, nur ein Ausdruck des Fuhrmannschen Wunsches, denn die Nationalliberalen haben von jeher schwer empfunden, daß der linksrheinischen Konservativen und Nationalliberalen so groß geworden war.

Ein Freikonservativer für teilweise Aushebung des Selbstlengesetzes. Der freikonservative preußische Landtagsabgeordnete und Landrat a. D. von Dönhoff macht den Vorschlag, den § 1, Absatz 1 des Selbstlengesetzes mit der Wahlgabe außer Kraft zu setzen, daß der Bundestat die Vollmacht erlaubt, die suspendierte Gesetzesbestimmung wieder in Wirklichkeit treten zu lassen, sobald die Tätigkeit der Jesuiten einen den konfessionellen Frieden gefährdenden Charakter annehmen sollte. Eine Auslegung des § 1, Absatz 2 (Ordnungsübereignung) erscheint nicht erforderlich, weil die Ordnungsübereignung der Jesuiten in Deutschland für die Zwecke der katholischen Kirche nicht von unmittelbarem Bedeutung ist.

Die Zentrumspartei, so schreibt von Dönhoff, kann nicht ungestört an den nationalen Zielen, die sie mit anderen Parteien gemeinsam hat, mitarbeiten, so lange sie davon durch innerpolitische Verhältnisse gehemmt ist. Der Reaktionär hat daher Ansatz, hier Zugeständnisse zu machen, welche ihm durch die in den Entwicklungsvorhängen der Gegenwart begründete Aussicht erleichtert werden, daß konfessionelle Verhängung durch eine bediente Zulassung der Jesuiten, wie ich sie vorschlage, kaum ins Leben gerufen wird.

Die "Voss.", deren Spezialmitarbeiter Graf Hoensbroek täglich im harren Kampfe mit den Jesuiten und dem Zentrum liegt, ist wenig erstaunt von dem Vorschlag ihres Parteigenossen.

Der wilhelminische Reichstagsgesetzesverfasser Hestermann ist, wie wir fürztlich berichtet, mit sozialdemokratischer Hilfe in die Stichwahl gewählt worden und zwar ist ihm diese Hilfe zu teuer geworden, weil er in einem Brief an das sozialdemokratische Wahlkomitee die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen schlechtlos abgelehnt. Infolge einer Wahlkampfversetzung mit dem Abgeordneten Hestermann veröffentlichte und druckt unter sozialem Verteilorgan diesen Hestermann'schen Brief. Auf eine Umfrage des Deutschen Bauernbundes Organs des überdeutschen Bauernbundes, wurde nun der Abgeordnete Hestermann der Redaktion des genannten Blattes folgendes:

„Auf Ihre gefällige Befehls vom 27. d. M. erkläre ich hiermit ehrenwörtlich, daß der im Kasseler „Volksblatt“ Nr. 295 veröffentlichte Brief eine grobe Fälschung ist. Ich habe niemals einen derartigen Brief gesehen, noch unterschrieben, und auch nicht irgend eine untaugliche Wahlmanipulation angewandt.“

Es wird sich wohl noch feststellen lassen, von wem diese Hestermann zugute gekommenen Fälschung ausgeht. Jedenfalls steht fest, daß, wenn das sozialdemokratische Wahlkomitee diesen Brief nicht erhalten hätte, Herr Hestermann schwerlich Abgeordneter des Deutschen Reichstags sein würde.

Ausländer als Nutznieher unserer nationalen Politik. Die Großbücherreihe "Bell'sche in Basel hat unmittelbar an der badischen Grenze die Filiale Riehen errichtet. Diese schweizerische Firma hat infolge der Fleischentfernung im Grenzkleinverkehr im vergangenen Jahre für nicht weniger als 200.000 Franken an Fleisch- und Wurstwaren umgelegt. Dieser Beitrag ist den badischen Geschäftsräumen völlig verloren gegangen. Sie müssen zu jenen wie besonders Sonnabends die in den Grenzorten wohnenden badischen Einwohner nach Riehen marschieren

Zum ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Hugo Falberg.

(Gedicht verboten.)

Als sie den verflümmelten Körper aufheben wollten, blieb der Kopf mit grossem, offenen Mund auf dem Boden liegen. Ein paar Finger fand man später eingetaucht zwischen den Zähnen. Der abgerissene Arm war verschwunden. Man sah an, daß er in den Schlund der Skorpion geraten und mit den Zähnen zusammengeknautzt worden war.

Die beiden Männer der Grube standen zitternd und bebend da. Ein unerträgliches Angstgefühl hatte sie ergriffen. Was jetzt geschehen war, kannte sich an den Skorpionen oder drinnen in der Grube anderen Tages wieder steigern, und wieder kam einer in Felsen gerissen werden.

Und was würde es dann treffen? ... ja, wen?

„Es war schad' um ihn ...“ kamme Morten.

Als Antwort kamen nur schwere Schläge von den vielen kleinen Lippen.

Josie und Morten saßen in der Berggrube, jeder auf einer Seite vom Ofen.

Es dampfte in der Stube von ihren nassen Kleidern.

In Gruppen zusammengebrückt saßen die Grubenleute im Tischen und sprachen von dem Ereignis.

Morten hatte es lange vorangegangen, daß etwas Schreckliches geschehen würde. Die Leute wurden bei der Arbeit ausgetrieben und gehetzt, daß sie ganz von Sinnen kamen. Und bewegte man sich ... ja, da kommt man Hungerzofen langen,

sagte einer, jetzt weinend vor dem Ofen.

Ein dritter Bergfisch lag brüllend auf dem Tisch, daß die Taschen knapp.

Was eben ging in der Stube hin und her, in reißen Unterholzen, die nadelfeine Staub in Holzpulpaßen.

Es warnte die letzte Rose: „Da war was zu bedenken!“ Das Seile so mit einem Mal heruntergerissen und der Stoff ... hinein in die Schweligkeit ...“

„Soll er schwere Stein schwere Weise.“ sagte er hinzu.

Josie sag' da, das Haupt auf die Stube gerückt. Sie

hatte sich vor neuer, wie sich alles abgespielt hatte: Das

Leben des Mannes und seine tosenden Augen

... .

Er sah den Aufsichtsmann das arme Gesicht mit Hühnern in den Händen ... und wie der Junge kostümten an der Maschine stand.

„Hab ...“ er hörte gleichsam wieder in der Luft — ja, überall in der Nacht hörte er einen durchdringenden Schein.

Morten hatte sich auch wieder gefestigt und brachte vor sich hin. Er jammerte in monoton läppischen Worten.

— Als einige Zeit vergangen war, legte man sich wieder schlafen in der Berggrube.

Die Leute gruben sich ein in das Stroh und zogen die lumpigen Decken über sich.

Nach wenigen Stunden wurde die große Erzglocke wieder läuten.

Sonne und Morgen sahen immer wieder am Ofen. Da wurde die Tür hastig aufgerissen. Der Aufsichtsmann mit der großen Lampe kam herein. Er befahl in traurigen Worten den beiden, wieder an die Bergbauschule zu gehen. Und er holte seine Waffe aus der Westentasche herbei.

Wie von der Tarantel gestochen, sprang Josie auf. Sein Antlitz war leidenschaftlich. Und er erhob die Faust zum Schlag gegen den Aufsichtsmann.

Beschwörend er nicht, der verschlagte Josie, schlug er ihm den Schädel ein!

Zum Schlag sprang auch auf.

Sein schwarzes zottiges Haar kräuselte sich. Und zwischen seinen Lippen zeigten sich die verrosteten Zähne.

Er sagte nichts. Er stieß nur zornenhafte Schreie aus.

Der Aufsichtsmann wischte ein paar Schreie auf.

Aus dem Staub in den Seiten kamen finstere Köpfe zum Vorstehen. Hier und da wurden zornige Worte laut.

„Geh,“ schrie Josie, „Josie gibt's hier noch eine Leiche hent' Nocht!“

Er drohte vom neuem mit der gehaltenen Josie.

Der Aufsichtsmann stand einen Augenblick da, die Augen zu Boden gerichtet.

Aber die Maschine ...“

Er brachte kein Wort mehr heraus. Josie hieb ihn an der Brust.

„Geh, du Sack!“

Josie hielt sie mit den Fäusten. Und Morten kam hinterher, um auch gegen den Aufsichtsmann vorzurütteln.

„Nieder, Niederkopf,“ rief er.

Also-Sand stand dicht dabei. Er blieb lauernd aus seinem kleinen Augen Augen. Ein schauderisches Grinsen lag auf seinem Gesicht verfest.

Der Aufsichtsmann wurde bleich und ging langsam nach der Tür. Josie folgte ihm und gab ihm einen Stoß in den Rücken, indem er die Tür hinter ihm kräftig zuschlug.

Und er ging wieder an den Ofen und setzte sich. Der Ofen lochte und brodelte in ihm.

Morten hatte er diesem Feuer nicht die Knochen entzweit geschlagen — diesem Menschenköder!

Morten lag auf dem Rücken mit dem Rücken am Ofen. Er hatte die Flüze über den Kopf gezogen. Die Wärme wirkte einschläfrig auf seinen müden Körper. Und bald schlief er schläfrig.

Aber er träumte wieder, daß er seinen Vater im Leichenhause durch die Stube tanzen sah. Es rasselte wie verrückt in dem Totengerippe des Kreises.

Josie legte sich auch nieder, den Hut über den Kopf gezogen. Aber er konnte nicht einschlafen. Wilderlich blutige Erleichterungen sah er aufzutauchen und vorzudrehen.

Und die Luft schien ihm immer noch voll von Schreien ... heiseren Toteschreien.

So lag er da bis gegen Morgen. Dann ging im Ofen das Feuer aus. Und ihn schüttelte, daß ihm die Zähne klapperten ... Es waren Bergstufenmöbel, kam unter der Schaffelldecke aus ihrem Bett heruntergekippten. Sie ließ die nackten Beine über den Bettrand baumeln, während sie sich einen Untergang über den Kopf zog. Dann ging sie schwerfälligen Schrittes durch die Stube an den Ofen. Sie schaufelte die Asche heraus und machte Feuer, bevor sie sich die Strümpfe anzog. Sie grüßte ein paar Mal laut und fuhr sich mit der Hand über Nase und Mund. Als sie dann die Kaffeemühle zwischen die Hände nahm und ihr Kaffee nach Anna-Lisa schüttete, legte, durchfuhr Josie ein trauriges Schreckensgefühl ...“

Ein Schmerz, der seinen quä

und dort das 15 bis 20 Pfennige billigere Fleisch holen. Und daß die Fleischsteuerung heute noch nicht beobachtet ist, läßt sich aus dem Umstand schließen, daß am Silvesterabend rund 1000 Personen in Nienburg durch die Firma Bell abgesetzt wurden.

Trotz allem spielen sich die Söhne in Deutschland noch

als die besonderen Söhne des Mittelstandes auf. Den selben

Mittelstand schlagen sie aber durch ihre agrarische Politik die schwersten Wunden.

Die Demokratische Vereinigung und die Landtagswahlen. Der Ausschuß und der Centralvorstand der Demokratischen Vereinigung beschlossen am Sonntag in einer gemeinsamen Sitzung, die in Berlin stattfand, einstimmig, „an allen geplanten Punkten mit voller Kraft in die preußischen Landtagswahlen einzugehen.“ Ein demnächst stattfindender Parteitag wird sich mit diesen Wahlen näher zu beschäftigen haben.

Die Maßnahmen gegen die Spionage. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist von einer Abänderung des Spionagegesetzes vom 8. Juli 1898, die eine Zeitlang aus Anlaß der bekannten Fälle zur Diskussion stand, Abstand genommen worden, nachdem die Heeres- und Marineverwaltung Anträge auf eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht gestellt haben. Dagegen sind Abänderungen und Ausgestaltungen der Paragraphen des neuen Strafgesetzbuches, die auf diese Materie Bezug haben, in Aussicht genommen, zu welchem Zweck Vertreter der Heeres- und Marineverwaltung zu den Verhandlungen der Kommission, die im Reichsjustizamt tagt, hinzugezogen sind. Zur Erörterung der Fragen ist eine besondere Kommission gebildet worden, die jetzt bereits die vierte Sitzung abgehalten hat. Im allgemeinen soll eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Bestimmungen vorgeschlagen werden.

Die herrschenden Schwarzritter und der Kanzler. Über die Stellung des Zentrums zur Reichsregierung äußerte sich der bekannte Zentrumsführer Geistlicher Rat Walder in einer klerikalen Protestversammlung gegen das Jesuitengesetz in Eisenach. Er sagte: Das Zentrum habe und werde eine starke Position behalten, die nicht abhängt sei vom Bundesrat oder vom Reichskanzler. Dagegen sei die Position des Reichskanzlers wieder eine schwere, nach einer starken, wohl aber abhängigen Partei. Wenn er davon nicht glauben wolle, so müsse man ihn einladen, das Schloß seiner Vorgänger im Amt etwas zu erwägen. Der Reichskanzler habe sich warnen lassen, aber nicht dem Zentrum eine Warnung zu geben. Ferner sprachen noch der bekannte Jesuitenpater Gohaus und Freiherr von Steinäcker.

Vermächtnis des Prinzregenten Luitpold an die Kirche? Wie katholische Blätter zu berichten wissen, habe der bayerische Gesandte beim Vatikan vor einigen Tagen dem Papst das versiegelte Testament des verstorbenen Prinzregenten Luitpold von Bayern in feierlicher Audienz überreicht. Das Testament sei von dem Verstorbenen eigenhändig versiegelt und mit der Adresse des Papstes verlesen worden. Man glaubt, daß das Testament ein großes Vermächtnis des Prinzregenten an die Kirche enthalte.

Der Balkankrieg und seine Folgen.

Es wird weiter verhandelt.

Die französische Sitzung von Montag hat zu einem Abbruch der Verhandlungen nicht geführt, sondern zu neuen türkischen Vorschlägen, deren Einzelheiten sich vorläufig der öffentlichen Kenntnis entziehen. Um 5 Uhr gingen die Delegierten bereits mit der Übergangssitzung „Es wird fortgewurfelt“ auseinander. Wie auch das „Reuter'sche Bureau“ aus Kreisen der Balkanverbündeten erfuhr, wurde die Lage am Montag nicht für so kritisch gehalten, wie am Sonnabend. Die Frage des Abbruches der Verhandlungen wird für den Augenblick nicht beschleunigt werden. Die Mächte werden, wie man glaubt, vor der Einnahme Adrianopels, die binnen 10 Tagen erwartet wird, nicht intervenieren. Die Intervention vor der Einnahme wäre eine Verleugnung der Neutralität der Türkei gegenüber. Die Verbündeten geben vollständig die Möglichkeit politischer Verwicklungen infolge der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu und halten ebenso wie die Mächte es für gut, neue Verwicklungen zu vermeiden. Es ist also wahrscheinlich, daß die Besprechungen zwischen der türkischen Mission und den Missionen der Balkanverbündeten fortfesten, und daß die Frage betrifft Adrianopels in sehr naher Zeit sich regelt.

Die Friedenskonferenz suspendiert.

London, 7. Januar. Die für gestern anberaumte Sitzung der Friedenskonferenz wurde zur festgelegten Stunde eröffnet. Der Führer der türkischen Delegation, Residit Pascha, unterbreitete den Delegierten des verbündeten Balkanstaaten folgende Vorlage: Die Türkei ist willens, einige weitere territoriale Zugeständnisse von Adrianopel zu machen, die Türkei kann aber zu einer Abtretenung Adrianopels nicht verpflichtet werden. Die Türkei will ferner auf alle Rechte auf Kreta verzichten unter der Bedingung, daß eine sonstige Abtreten an anderen Inseln nicht verlangt wird. Nach Vorlesung dieses neuen Vorschlags verließen die türkischen Delegierten den Konferenzsaal, in dem die Balkanverbündeten allein zurückblieben, um über die neuen Vorschläge zu beraten. Sie kamen zu folgendem Schluß: In Betracht dessen, daß die Türkei nicht in ausreichendem Maße auf die letzten Vorschläge der Balkanstaaten eingegangen ist, sofern sie nicht die Arbeit der Konferenz unterbrechen, sofern dieser Beschluß wurde, den türkischen Delegierten nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Romualdowitsch vorgelegt. Romualdowitsch hob hierauf die kaum wieder aufgenommene Sitzung auf. In erregten Worten protestierten die türkischen Delegierten gegen einen herartigen Verlust der Verhandlung. Sie verlangten zum mindesten zu wissen, was der Balkanblock unter Suspension der Arbeiten der Konferenz verstehe. Dann setzte eine allgemeine Konversation ein. Es wurde in dieser von den Balkanverbündeten erklärt, daß sie nicht die Absicht hätten, einen Angriff der Konferenz herbeizuführen, aber die bisherige Antwort der türkischen Regierung durch die Delegierten auf die am Freitag vorher Woche gestellten Forderungen der verbündeten Balkanstaaten werde als nicht zu fassen sein und angesehen. Infolgedessen hätten die Delegierten der Verbündeten die weiteren Arbeiten der Konferenz suspendiert, und zwar so lange, bis eine zufriedenstellende Antwort seitens der türkischen Delegierten eingelaufen sei. Während des weiteren Verlaufes der Unterhaltung erklärte Residit Pascha, daß er die Absicht gehabt hätte, noch einmal auf die Frage der Verkörperung vor Adrianopel zurückzukommen. Er erhält jedoch die Antwort, daß in dieser Angelegenheit eine Diskussion bereits stattgefunden hätte und daß schon erklart worden sei, daß die Konferenz mit Fragen des Waffenstillstandes nichts zu tun hätte. Ein ziemlich erregter Weise verließ die Türken hierauf den Sitzungssaal.

Die Auordnung der Flüge.

Sofia, 6. Januar. Die Athener Nachricht, daß die Bulgaren angeblich Schwierigkeiten mache, um die Rückkehr der nach Saloniki geflohenen mazedonischen Muselmanen zu verhindern, wider spricht gänzlich der Wahrheit. Die Bulgaren sind weit entfernt, der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer Hindernisse zu bereiten. Sie wähnen vielmehr

sich der Rückkehr. Die zum Schutz des Eigentums der Muselmanen in deren Abwesenheit ergriffenen Maßnahmen sind ein hinlänglicher Beweis.

Saloniki, 6. Januar. Heute sandt die feierliche Gründung der bulgarischen Nationalbank in Sofia statt. Bis vor kurzem war Salo mit dem Sitz des Hauptkommandos der bulgarischen Truppen zusammen. Da dieselben Mazedonien größtenteils verliehen, wurde das Hauptkommando nach Serres verlegt. Der Befehl über die hier verbleibenden bulgarischen Truppen wurde dem Obersten Tschillingov übertragen.

Kein Kollektivsprint der Mächte.

London, 6. Januar. Die Gerüche, daß die Mächte energische Kollektivvorstellungen bei der Pforte zu machen beabsichtigen, um die türkische Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen, werden in diplomatischen Kreisen in Abrede gestellt. Ein Edward Grey hatte bereits am Sonnabend eine längere Konferenz mit dem türkischen Delegierten Residit Pascha, um der Türkei Nachgiebigkeit gegenüber den Balkanstaaten anzutragen. Hierbei handelt es sich jedoch um einen einzelnen Schritt, dem sich die Vertreter der übrigen Großmächte nicht anschlossen halten.

London, 6. Januar. Die Nachricht, daß die Türken auf die Waffen von Adrianopel verzichtet und sich sogar bereit erklärt hätten, die Festung zu übergeben, ist bis jetzt unbestätigt. Es steht jedoch fest, daß es nur dem Eingreifen der Bolschisten zu danken ist, wenn die Verhandlungen überhaupt weitergehen, und es nicht bereits zum Abbruch der Friedensverhandlungen gekommen ist, da beide Parteien auf ihren Forderungen feststehen. (?)

Vor der Kapitulation?

Sofia, 7. Januar. Auf Wunsch Schüle Paschas findet eine entscheidende Zusammenkunft bulgarischer und türkischer Delegierter vor den Festungsmauern von Adrianopel statt. Man erwartet die Kapitulation der Festung, zumal ein Radio-Telegramm des Festungskommandanten an den türkischen Großwesir aufgesangen wurde, in dem die Situation in der Festung Adrianopel sowohl was Militär als auch was die Zivilbevölkerung anbelangt, als rettungslos bezeichnet wird.

Vor den Dardanellen.

Konstantinopel, 7. Januar. Nach nur einzigem Aufenthalte in den Dardanellen, wo sich die türkische Flotte unbeschädigt vorsichtig zugeschlagen hatte, verließ diese gestern wiederum die Dardanellen und fuhr in der Richtung nach der Insel Chios, wo sie von neuem mit der dort kreuzenden griechischen Flotte den Kampf aufnahm. Das Ergebnis dieses Seekampfes ist bisher noch nicht bekannt.

Ende der Siedlungssordre.

Konstantinopel, 7. Januar. Die hier und in der Umgebung von Konstantinopel wohnenden rumänischen Reserveoffiziere erhielten eilige Ordre, unverzüglich bei ihren Regimentern sich zu stellen, um in die betreffenden Kriegsverbände einzurücken.

Innere Lage in Montenegro.

London, 6. Januar. Nach Korrespondenzen der „Times“ aus Cattinje und Kotor scheint die innere Lage in Montenegro nicht unbedenklich zu sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Frage der Erwerbung der Stadt Skutari und des Landes bis zum Drin von kritischer Bedeutung für die Dynastie wird. Es haben deswegen Verhandlungen mit Österreich stattgefunden, aber diese Macht bezogt keine Neigung, ihre Stellung bezüglich Skutari zu dem zukünftigen albanischen Staate ohne Gegenleistung zu opfern.

Die Kämpfe um Janina.

Athen, 6. Januar. Die Lage von Janina ist unverändert. Der griechischen Artillerie gelang es am Sonnabend, eine türkische Batterie zum Schweigen zu bringen. Unter dem Schutz des Artilleriefeuers unternahm die griechische Infanterie einen Angriff, wobei es ihr gelang, die türkischen Artilleristen gefangen zu nehmen.

Niederland.

Österreich.

Eine Jagd auf Spione. In Galizien wurde ein äußerst gefährlicher Spion namens Capo verhaftet und beim Gefängnis eingeliefert. In der Nacht gelang es Capo, die Zelle aufzumachen und die Zelle zu verlassen. Er erbrachte eine weiße Zelle, in der ein Spion Blimanowski untergebracht war. Er befrette diesen, worauf beide die Korridore aufbrachen, das Fenster einschlugen und durch dieses entflohen. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung gelang es nicht, die beiden Flüchtlinge einzuhören.

Italien.

Was der Kolonialminister in Libyen geschenkt hat.

Der Kolonialminister Bertolini hat einige seiner soeben in Libyen empfangenen Eindrücke einem Redakteur der „Tribune“ mitgeteilt. Freilich konnte er nicht den Schwarzebart spielen, aber doch liegen seine Neuerungen alles andere als erfreulich und verheißend. zunächst hat sich der Minister über die Eigentumsverhältnisse der Kolonie ausgelassen und dabei konstatiert, was jederzeit Mischkeit seit langem wünschte, der Regierung aber erst mit Mühe klar zu werden scheint, daß nämlich in Libyen ausgenutztes und niemand gehöriges Land gar nicht existiert. Man hat sich solange daran gewöhnt, von den Arabern als Wilden und Barbaren zu sprechen, daß man ganz vergessen konnte, ein altes in Verfall begriffenes Kulturovo vor sich zu haben. Von herrenlos liegenden Lands ist in Libyen keine Rede: der Boden der Oasen, der Palmen und Dörfern trügt, ist in unglaublicher Weise parzelliert; die dritte Ebene, die als Weideeland und gelegentlich als Saatland dient, untersteht dem Gebrauchsrecht der Stämme oder der Gemeinden, und die Einwohner würden es als Raub empfinden, wenn die italienische Regierung sie mit Besitztag belegte. Man findet also in der neuen Kolonie sehr komplizierte Besitzverhältnisse vor, deren rechtliche Regelung große Schwierigkeiten bietet, aber doch eine unabsehbare Pflicht für Italien darstellt, wenn es nicht eine Gewaltkönigreich einführen will. Da auch die steinernen Egyptenzerlegerungen, die während des Krieges vorgenommen worden sind, durch die Begnadigung beim Friedensschluß aufgehoben wurden, versucht die Regierung in Libyen über ganz kein Land; die den Wohltätigkeits- und Kultusinstituten gehörenden Ländereien verbleiben diesen Instituten. Wenn also für den Staat in dem gelobten Lande nichts zu holen ist, so gibt es um so mehr für ihn zu tun. Der Minister hält eine Unmenge öffentlicher Arbeiten für unerlässlich, so die Anlage von Hafenplätzen an verschiedenen Orten, weiter den Bau von Straßen und Eisenbahnen und schließlich die sinnvolle Umgestaltung der städtischen Zentren, in denen es an Trinkwasser, Kanalisation, gepflasterten Straßen und so weiter fehlt. Man wird sich also mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß Libyen Millionen über Millionen Steuerlast abwinge. Kolonialpolitik verbindet — das ist recht und billig — was lädt sich über ein armes Land solche Verbindlichkeiten auf? Wie wäre es möglich, wenn einem ein solches Land

italien bereiste und es auf seine Bedürfnisse an holen, Straßen, Eisenbahnen und auf das Sanitätswesen seiner Städte hinzusehen?

Frankreich.

Bur kommenden Präsidentenwahl.

Am letzten Sonntag hat der Präsident Galliers den Diplomaten der europäischen Staaten, den Ministern und den hohen Beamten zum letzten Mal im Palast der Champs-Elysées einen großen Empfang bereitet. In 14 Tagen findet die Neuwahl statt und man weiß immer noch nicht, wen die radikal-socialistische Partei zu ihrem Kandidaten ernennen wird. Die partie-offiziöse radikale Presse hält sich, legt eine Andeutung zu machen, während einige der nicht von der Parteileitung abhängigen radikalen Blätter, entweder offen für Voltaire eingetreten wie die „Petit République“, oder die schärfsten Angriffe gegen die leidenden radikalen Komitees richten, wie die „Action“, deren Chefredakteur Verenger sich besonders darüber aufregt, daß man die Sozialisten und die Progressisten des Senats zu der Plenarsitzung der Räte am 16. Januar einzuladen wünscht. Ein ganzen werden gegenwärtig von den verschiedenen Blättern und vom großen Publikum nicht weniger als neun Minister, Abgeordnete oder Senatoren als Kandidaten betrachtet: der Ministerpräsident Voltaire, der Minister des öffentlichen Arbeits Duperre, der Ackerbauminister Vans, der frühere Ministerpräsident Combet, der frühere Ministerpräsident Clemenceau, der frühere Ministerpräsident Albert und Genosse Baillant. Die radikale Partei hat sich in ihrer Gesamtheit noch für keinen der Kandidaten entschieden, da fast jeder der Genannten eine Gruppe von Radikalen für sich hat!

Krisis in der französischen Sardinenindustrie. Die Verwaltung der direkten Steuern erhielt jetzt die offizielle Mitteilung von der Schließung von 116 Sardinenfabriken der Bretagne und Vendée für das Jahr 1913. Es bleiben jetzt nur noch einige wenige Fabriken für Januar und Februar offen, die proletarientypischen Fisch präparieren. Aus der Schließung der Fabriken ergibt sich mit Sicherheit, daß auch die Weißblecharbeiter der Sardinenfabriken seilen müssen.

Die Militarisierung Hollands.

Genosse Blüten zeigt im „Peuple“, wie der Militarismus auch die Niederlande erobert. Der Heeresetat ist von 1909 bis 1913 von 27,82 auf 88,86 Millionen Gulden (zu 1,70 Mark) gestiegen. Der Flottenetat blieb zwar für Holland 20 Millionen, jedoch stieg der von den armen Bewohnern der Kolonien zu tragende Etat von 17,7 auf 26 Millionen, zusammen eine Steigerung von 105,4 auf 188,9 Millionen Mark. Hat so der schwärzblaue Block an der Regierung seine früheren Abneigungen gegen steigende Heereslasten ausgegeben, so ist die Belastung mit persönlicher Dienstpflicht noch stärker geworden. 1911 wurde unter der liberalen Regierung das Jahresontlastung von 11.000 auf 17.000 erhöht, das aber die Dienstzeit in Infanterie und Fußartillerie von 17 Monaten auf 8½ für drei, 4 Monate für ein Drittel der Leute herabgesetzt. Die Dienstzeit wurde von den hohen Offizieren bekämpft und sabotiert. Man hat sie besiegt. Die Dienstzeit dauert jetzt für Infanterie (außer einem kleinen Teil mit 6½ Monaten) und Festungskavallerie 8½ Monate und 2 Übungen zu 4 Wochen, Artillerie zu Fuß 16 Monate, berittene Truppen 2 Jahre. Da zu aber wurde 1911 das Jahresontlastung auf 23.000 erhöht. Innerer vermehrte man die Offiziere und Unteroffiziere, deren Stellung durch günstigere Pensionen, Ausgabe für Offiziere 800.000 Gulden und Militärarbeiterbedingungen aufgewertet wurde. Schließlich müssen 3800—4500 ausgelöste Leute jährlich noch 4 Monate länger dienen. Alle Forderungen unserer Gewissens auf Annäherung an das Volkswirtschaftssystem werden (wohl nicht ganz ohne Einwirkung des deutschen Prinzen, der als Gatte der Königin beschäftigt wird) abgewiesen, ja die mögliche Annäherung an die Paradeleistungen langdienender Heere erstrebt.

Norwegen.

Ein Kongress der sozialdemokratischen Jugend.

Der sozialdemokratische Jugendverband Norwegens, der auf anderem Grundbegriff ruht als die Jugendbewegung Deutschlands, hat soeben einen Kongress abgehalten, auf welchem Vereine mit 8000 Mitgliedern vertreten waren. Ebenso halten die Landesorganisationen der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Vertreter gesandt. Der Kongress beschäftigte sich unter anderem mit der Trennung der Kirche vom Staat, dem volkischen Massenstreik und der Militärfrage. Hinsichtlich der Trennung der Kirche vom Staat wurde verlangt, daß die Partei diese Forderung wieder ins Parteidokument aufnehmen soll, die sie aus opportunistischen Gründen seinerzeit gestrichen hatte. Der Hauptgrund war die Auffassung, daß die Staatskirche dem Selbstwollen entgegenwirkt und daher vorguziehen sei. Die organisierte Jugend teilt diese Auffassung nicht und fordert nun die Wiederaufnahme jener alten Forderung ins Parteidokument.

Die Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks führte zur Annahme einer Resolution, die den Jugendvereinen das Stadium der Frage anheimgibt und den Verbandsvorstand beauftragt, eine orientierende Broschüre herauszugeben. Auch werden die Gewerkschaften erachtet, sich mit der Frage zu beschäftigen.

In der Militärfrage stellte sich der Kongress auf einen rein verteidigungsnationalen Standpunkt; er sprach sich für den Militärstreik aus und forderte Parteidoktrine und Parlamentsaktion auf, jeder militärischen Gesetzgebung entgegenzuwirken.

Zum Redakteur des in einer Auflage von 5000 Exemplaren erscheinenden Organs „Klassenkampf“, wurde Hugo Claussen wiedergewählt. In die Verbandsleitung wurde u. a. der Verfasser des Syndikatstextes Genosse Brantl gewählt, womit natürlich keine Anerkennung syndikalistischer Anschauungen durch den Kongress erfolgt ist.

Venezuela.

Gegenüber dem Versuch des früheren Präsidenten Castrillo, auf dem Wege über die Vereinigten Staaten nach Venezuela zurückzufahren, um dort „Freiheit und Wohlstand wiederherzustellen“, verdient eine Specialbotschaft vom 1. Oktober 1912 Beachtung, in der der Präsident der Vereinigten Staaten von Venezuela bestätigt, daß das Land jetzt den vollen Betrag von 38.885.411,94 Voltwars (à 81 Pf.) getilgt hat, der die Reklamationssumme der ausländischen Staaten dargestellt hatte. Das Land ist jetzt bemüht, nach Möglichkeit auch den Betrag der außeren Schuld herabzumindern, und sucht zu diesem Zwecke durch eine geeignete Einmündung auf eine Entwicklung seiner Bodenschätze hinzuarbeiten.

China.

Soldatenanzahlreduzierungen in China. Infolge von Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung des Soldes kam es hier zu schweren Ausschreitungen der Soldaten, die in den Straßen schossen. Es wurden 32 Leute getötet und der General Lin Kichang vernichtet. Mehrere chinesische Warten wurden verletzt und einige Häuser in Brand gestellt.

Reichsdeutsche Notar: Georg Weiß. — Reaktion und Opposition aus Braunschweig 7. — Bericht des Staatsräte, S. 1. — Das neue

* Vor dem Breslauer Schwurgericht stand am Montag die Masseuse Maria Knittel wegen Abreibung der Leibesleid. Die Anklage wurde freigesprochen, da die Geschworenen die Schuldfrage vernienten. Die Verhandlung war nicht öffentlich.

* Mit 600 Mark durchgebranzt ist am Sonntag mittag ein Kellner, der in einem Hotel auf der Gartenstraße beschäftigt war.

* Vor einem Radfahrer überschritten wurde am Montagnachmittag gegen 5 Uhr auf der Alsenstraße eine Schülerin, die den Fahrdamm überschreiten wollte. Das Mädchen wurde von dem Radfahrer erfaßt, zu Boden geschleudert und erlitt einen Unterschenkelbruch. Man brachte es zunächst nach der Unfallstation der Feuerwache auf der Leibnizstraße, wo man der Verletzten einen Notverband anlegte, worauf es mittels Krankenwagen der Hauptwache nach dem Allgemeinen Hospital gebracht wurde.

* Straftat. Als ein Geschäftsräuber am Montagabend gegen 11 Uhr, von der Kirch- und Scheltingerstraße kommend, die Lessingbrücke überstiegen hatte, trat am gleichen Gebäude ein unbekannter Mann an ihn heran und fragte ihn, wie spät es sei. Der Angeredete, der sofort Verdacht schöppte, antwortete, er habe keine Uhr bei sich. Da holtte aber auch schon der Unbekannte plötzlich unter seinem Rock gegriffen und ihm Uhr und Ketten fortgerissen, um darauf die Flucht zu ergreifen. Der Räuber war ein junger Mann, der schwärzenfarbenen Hut und dunklen Jackettanzug trug. Es ist ihm gelungen, zu entkommen. Angaben zu seiner Ermittlung werden nach Zimmer 61 des Polizeipräsidiums erbeten.

* Vermisst wird seit dem 14. v. Mts. die 15jährige Marianne Klinke. Es wird angenommen, daß das Mädchen hier obdachlos umherirrt. Die Vermisste ist von schlanker Gestalt, hat dunkelblondes Haar, dunkelbraune Augen, trägt grauen Mantel, blauen Rock, grüne Bluse und schwarze hohe Lederschuhe. Angaben über den Aufenthalt der Vermissten werden nach Zimmer 10 des Polizeipräsidiums, Schuhbrücke 46, erbeten.

Vereine und Versammlungen.

* Handlungshelfer. Die Generalversammlung des Centralverbands der Handlungshelfer wird nicht Mittwoch, den 8. Januar, in Merans Restaurant, sondern Donnerstag, den 9. Januar, in den Union-Restaurants abgehalten.

* Bund für Muttertugend. Heute abend 8 Uhr findet in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums der Vortrag von Professor Broda, Paris, über „Das Problem der Scheidebildung“ statt.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Groß-Möckbern. Mitgliederversammlung. In der am Sonnabend, den 5. d. Mts., bei Schreiter abgehaltenen Distriktsversammlung sprach Genosse Müller-Breslau über die Bildungsmöglichkeiten, welche den Arbeiterkindern zur Verfügung stehen. Seine Ausführungen zeigten so recht, was die Volksschule ist und was sie sein soll. Während auf den einen Seite den Kindern der Bevölkerung alle Gebiete der Wissenschaften offen stehen, werden die Arbeiterkinder nur mit Religion und Patriotismus gefüllt. Was für das spätere Leben wirklich notwendig ist, wird dogmatisch entweder gar nicht oder nur unvollständig gelebt. Die Rede stieg in der Aufforderung an die Anwesenden zu reicher Mitarbeit an der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie aus.

Darauf gab der Distriktsführer die Abrechnung von der Weihnachtsfeier und dem Jahr bekannt, beide wurden mit Begeisterung entgegengewonnen. Ein Antrag, die am Ende bestehenden Vereine, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, zu einem Kartell zu vereinigen, wurde fast einstimmig angenommen. Eine dreigliedrige Kommission beantwortet waren, wurde die Versammlung geschlossen. Zu dauern ist nur, daß die Mitglieder sich immer noch nicht an ein pünktliches Treffen gewöhnen können.

Groß-Möckbern. Überfall. Am Freitag, den 3. Januar, wurde der Arbeiter Neumann von hier auf dem Wege von Gräbchen nach Groß-Möckbern von einem Manne angegriffen. Durch die Güterstrasse des Angegriffenen wurde der Angreifer verjagt. Da am Freitag die Brauerei Döpff u. Sohn Zahlungshaltung hat, ist anzunehmen, daß es auf den Lohn des R. abgesehen werden ist. Der Angreifer, der ein helles Jackett und breiten Hut trug, wurde noch um 11 Uhr in den Strümpfern an der Höhe beobachtet.

Deutsch-Lissa. Pferdediebstahl. In der Sonnabagnacht sind auf dem Gute Bramberg bei Deutsch-Lissa zwei Pferde, ein Schimmel und ein Fuchs, geflohen worden. Die Diebe haben die Pferde an einen im Gutshof stehenden Kastenwagen gespannt und sind damit wahrscheinlich nach Breslau gefahren.

Aus Oberösterreich.

Ein Kulturbild aus Preußen-Deutschland

wurde am Montag in einer Verhandlung vor der Strafammer in Waldenburg entschieden. Der fahlässigen Tötung eines neugeborenen Kindes angeklagt war die berühmte Kutscherin Anna H. aus Göttelsberg.

Die einen sehr unbeholfenen Einbruch machende, geistig wohl nicht ganz auf der Höhe stehende, schwerhörige Angeklagte in die zweite Frau des Kutscheres Karl H.; sie hatte außer ihren Leiden noch viel unter der unvernünftigen Behandlung ihres Mannes zu leiden, von dem sie jetzt getrennt lebt. Ihre Nachbarn hielten sie für dummkopf und faul und kummerlich, infolgedessen wenig um sie. Am 12. Juli früh stand die H. vor ihrer Entbindung; der Mann war auf der Stube und sie mit ihrem ältesten Sohn allein. Auf ihr Wimpern erhob sich eine Nachbarin und sah die Frau unwillkürlich in der Stube vor. Die Nachbarin ging nun sofort zur Nachbarin, rügte sie aber, da die erste unvorsichtig, eine zweite aufzutun. Ehe sie ihr gelang, eine Nachbarin herbeizuschaffen, war eine halbe Stunde verstrichen. Als die Nachbarin erschien, lag die Frau schlafend im Bett. Wie man nun den Einer, in dem die Einbildungskraft vertrocknet hatte, hinsässtrogen wollte, merkte man darin ein totes Kind. Die Frau war, im Hemd über dem Einer liegend, von einer Stütze gebürtig überrollt worden und hatte wohl noch die Kraft gehabt, um auf das nahe Bett zu kriechen, was aber anstrengend, zur Rettung des Kindes etwas zu unternehmen. Der Sachverständige, praktischer Arzt Dr. Gabriel, war der Meinung, daß, wenn sich der Vorgang so abgespielt haben sollte, man die Frau wohl bewußtlos neben dem Einer hätte auffinden müssen. Sanitätsrat Dr. Weiß befürdete, daß es sich um ein Leben in gebotenes Leben schädigendes Kind handelt, Stützegebürtig seien möglich, die obige Nachbarin sah eine kleine Schramme am Kopf des Kindes, die zweitelles von dem Aufschlagen des Kopfes auf den Rand des Bettes herrührte. Soviel sei dafür, daß es sich hier um eine solche handelt; dann sei aber der Zustand der Nachbarin ein derartiger gewesen, daß ihr daraus, daß sie zur Rettung des Kindes nichts unternommen, kein Fortgang gemacht werden könnte. Nach Lage der Sache beantragte der Staatsanwalt jedoch die Freispruchung, worauf das Gericht die Rechtfertigung freilegten.

Weil ein Gericht zwischen arm und reich zeigt sich in diesem Fälle, während das lebensfähige Kind der Proletarien in einem Eimer erstickt war, weil der armen Mutter die Rettung unmöglich, wird das Kind einer Reichen schamlos erwartet, gekommen. Eltern und Freunde werden aufgefordert, damit wir

ja jede denkbare Erleichterung gewährt werden kann. Nicht mehr als einfache Menschenpflicht wäre es, wenn von Staats wegen dafür gesorgt würde, daß armen Müttern die notwendige Hilfe in ihrer schweren Stunde zuteil würde. Aber für Kulturaufgaben hat man von Staats wegen kein Geld übrig, das überläßt man der privaten Wohltätigkeits. Wäre es nicht angebracht, daß armen, vor der Entbindung stehenden Frauen, deren Mann seiner Arbeit nachgehen muß, um nur ja seinen Pfennig von dem fälligen Beerdigung einzubehalten, die Wochenspenderin, die ihnen nach der Geburt des Kindes gewährt wird, schon mehrere Tage vor der selben gewährt würde?

Gleiwitz, 7. Januar. Geldschränke und Kästen an der Arbeit. Am Sonnabend wurde in die Kontorräume der Möbelfirmen Franz Sliwka u. Sohn, hier, ein Einbruch versucht. Die Diebe hatten es namentlich auf den im Pauperton stehenden Geldschränken abgesehen. Derselbe wurde erbrochen und aus den einzelnen Fächern mehrere tausend Mark, Sparassenbücher, verschließende Wechsle und noch andere Wertgegenstände gestohlen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, haben die Einbrecher mitgenommen: groß Hundertmarksscheine, sechs Zwanzigmarkscheine, sechs Gehaltscheine, zwei Hunderdmarschein und etwa 88 Mark Silbermark, ferner ein Sparassenbuch Nr. 623 über 578,00 M. vom Wirtschaftverein in Gleiwitz, ausgestellt auf das katholische Bürgerkonto in Gleiwitz, ein Sparassenbuch, dessen Nummer noch unbekannt ist, das auf den Namen Martha Magdalena Sliwka über mehrere hundert Mark ausgefüllt ist. Weiterhin eine braungekupierte Ledermappe, in der sich folgende Wechsle befinden: über 800 M. auf Carl Dunkel-Nordhausen, über 670 M. auf Paul Eich in Gleiwitz, über 10 000 Mark auf Antoni Thysius in Gleiwitz, über 50 Mark auf Antoni Mac, über 2500 Mark auf Rechtsanwalt Wieden in Gleiwitz und über 1850 Mark auf Carl Boehm. Die Einbrecher nahmen auch noch einen Postzettel aus grauer Ledermappe mit Umschlagsklappe, in der sich Visitenkarten auf den Namen P. Sliwka u. Sohn, Gleiwitz, befanden, eine Taschenmesser mit Perlmutterbeschlag und noch andere kleinere Gegenstände mit.

Gleiwitz, 7. Januar. Selbstmord. Nach Veruntreuung amtlicher Gelder auf dem Güterbahnhofe in Laband verübte der Bahnhofsschaffner Witzenthaler Selbstmord, indem er sich, wie Hirsch's Telegraphenbüro meldet, vor einen Zug warf. Die Leiche wurde auf dem Bahngleise Laband-Freischam gefunden.

Hopelu, 7. Januar. Ein schwerer Einbruch wurde in der vergangenen Nacht bei dem Restaurateur Rosentritt verübt. Die Diebe drangen in seine Wohnung, erbrachen den Schreibtisch und entwendeten dort 440 Mark in Papiergegen. Außerdem fiel ihnen ein Sparassenbuch in Höhe von 1000 M. und ein anderes Sparassenbuch, das auf mehrere hundert Mark lautete, in die Hände.

Arbeiterbewegung.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Grubenunglüx auf der Zeche Osterfeld.

Wegen Bekämpfung der Arbeitsteiger von Zeche Osterfeld hatte sich am Sonnabend der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, vor dem Schöffengericht in Böhm im zu verantworten.

Werner hatte in einem, im Bochumer Volksblatt veröffentlichten Artikel die Zustände auf jener Zeche geschildert, die als direkte oder indirekte Ursache des Unglücks zu betrachten seien: Große Überanstrengung der Steiger durch strohweite Doppel- und Mehrschichten, bei Widerstand strohweiter Schichtdienst an der Lesebank bei unzureichender Kohle, Nebenkündigung, ungünstige Kontrolle der Wetter. In diesem Zusammenhang war von modernem Sklaventum gesprochen worden. (Die Gutehoffnungshütte, die Besitzerin der Zeche Osterfeld, ist durch ihre rücksichtslose Vorgehren gegenüber ihren organisierten Hütten- und Grubenbeamten ganz besonders bekannt geworden.)

Während sonst die Beobachtungen bei jeder Gelegenheit mit ebenso umfangreichen wie stamphaften Berichtigungen aufzuwarten pflegen, waren es diesmal die Steiger, in deren Interesse der Artikel in erster Linie geschrieben worden war, die mit einer Berichtigung aufzutreten. Werner behandelte in einem weiteren Artikel diese Berichtigungen und hob hervor, daß der Druck auf den Jungen ein so großer sei, daß dadurch die Steiger zu unrichtigen Berichtigungen und somit zur Unmoral gezwungen werden.

Darauf fragten 21 Steiger gegen Werner wegen Bekämpfung. Staatsanwalt und Gericht hatten ein öffentliches Interesse als vorliegend erachtet. Und siehe da, die vier von der Verteidigung geladenen Steiger sagten nach mancherlei Verlegenheiten aus, daß sie nicht wüßten, wodurch sie sich eigentlich bedroht fühlen. Drei sagten, daß sie die Berichtigung bezudenken Straßenzug für nötig gehalten, weil sie sonst in den Verdacht hätten kommen können, daß sie die Autoren Werners gewesen seien. Der Steiger Schäfer, der bei dem Unglück schwer verletzt worden ist, sagte auf die Frage, wer denn die Berichtigung aufgesetzt habe, nach eingehendem Zögern, daß habe er sozusagen allein gemacht, nachdem sein Bruder ins Krankenhaus gekommen und ihm gesagt habe, daß er sich „das“ nicht gefallen lassen dürfe. Alle sagten, daß das strohweise Verfahren von Stoppelschichten und an der Lesebank keine Strafe sei; Schäfer sagte sogar, es sei sehr interessant.

Das war selbst dem Vorsitzenden zuviel, der zwar diese Maßnahmen für ganz selbstverständlich hielt, weil sie doch im Interesse des Betriebes lagen, der aber meinte, daß sie doch immerhin als Strafe angesehen seien. Und auch der Amtsauftakt kam einem Zeugen, der sich abmühte, glauben zu machen, daß diese entwürdigende Behandlung nicht als solche oder als Strafe aufgefasst würde, zu Hilfe, indem er sagte: Na, eine Strafe sei es ja wohl, aber es liegt doch im Interesse des Unternehmers, der konkurrenzfähig bleiben will. Bei der Verneinung eines anderen Zeugen über den gleichen Punkt entdeckte der Vorsitzende sogar, daß doch auch der pädagogische Wert solcher Maßnahmen beachtet werden müsse.

Einiger der Zeugen, der die Sache der Berichtigung und des Straßenzugs in die Hand genommen, mußte zugedenken, daß er vorher mit einem Botengegen über die Sache gesprochen, daß dieser ihm den Entwurf für die Berichtigung gemacht und daß der Verteidigungsverteidiger ihm gesagt habe, es sei der Zeichenbeamten angetragen, wozu etwas geschiehen.

Auch das Verlangen des Zeuge, daß die Steiger aus dem Verband austreten sollten, hielt der Vorsitzende für durchaus erklärlich. Als ein zweiter Zeuge der Krage des Verteidigers, weshalb er aus dem Verband ausgetreten sei, ausschließen wollte, sagte der Vorsitzende zu dem Zeugen, er nehme ohne weiteres an, daß ihn der Ausstieg nahegelegt worden sei. Das gab dem Zeugen den Mut, zu sagen: Wir sind ausgetreten, weil wir müssen! — Schließlich die Richtigkeit der tatsächlichen Angaben des ersten Artikels im wesentlichen erwiesen worden ist, obwohl insbesondere erzählt und vom Gericht und Amtsauftakt als mehr unterstellt wurde, daß die bereiteten Maßnahmen eine Strafe, daß der Ausstieg aus dem Verband erzwingen, daß die Berichtigungen mit Hilfe von Zeichenbeamten aufzudecken waren, hielt das Gericht dennoch eine Bekämpfung für vorliegend.

Unter Berücksichtigung des Schutzes des § 193 (Werner war in den Berichtigungen angegriffen worden) verurteilte er Werner nach ganz kurzer Berichtigung dem Antrage des Amtsauftakts gemäß zu 10 Mark Geldstrafe. Es mag noch bemerklich werden, daß das Gericht den Antrag der Verteidigung auf Labung des Fahrzeugs und des Betriebsmittelkassen, die über ihre Mindestzeit hinausgehen.

an der Berichtigung, wie über die Kosten des von einem Rechte angestellten Strafantrages und ferner über die Wirkung der Preßzentrale des Zeichenverbandes aussagen wollten, abgeschloß hat.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Tarifbewegung im Kieler Baumgewerbe. Die Vereinigung der selbständigen Bildhauer und Stuckateure hat dem Bauarbeiterverband die Tarife für Stuckaturen zum 31. März 1918 gestellt. Ferner hat die Vereinigung der Dachdecker im ersten Bauarbeiterverband den Tarif für die Dachdecker zu demselben Termin gestellt. Die beiden Unternehmerorganisationen haben in dem Klündigungsschreiben ausgedrückt, daß diese Klündigung auf Beschluss des Unternehmerverbandes Kieler erfolgt ist. Die Unternehmer erklären in ihrer Bußfahrt, daß sie eine Erneuerung der zum 31. 3. 1918 abgeschlossenen Tarifverträge einheitlich auf drei Jahre ermöglichen wollen, in der Wiederholung, daß der bestehende Vertrag auf weitere drei Jahre verlängert wird.

In etwa 20 Druckereien in Holland brach ein Aussatz der Seher aus, die einen neuen Bohntarif fordern. Die Zeitungen „Standard“ und „Amsterdammer“ können nicht erscheinen. Der Aussatz dehnt sich wahrscheinlich in einigen Tagen auf andere Druckereien aus.

Die Steinarbeiter in Cornwall sind in eine Lohnbewegung eingetreten, um die Festsetzung eines Mindestlohns von 8 Pence (68 Pf.) für die Stunde und die Abschaffung der Akkordarbeit durchzuführen. Im vorigen Jahre war dort eine Aussatzierung, die mit einem Abschaffen der Arbeitszeit endete, während die Arbeiter sich ihre Lohnansprüche vorbehielten. Weiter wird die Beschaffung von Werk- und Unterflusstischen gefordert, eventl. Zahlung des halben Lohns für Aussatzierung wegen schlechten Wetters. Lehrlinge sollen nur im Verhältnis von 1 auf 6 Gesellen zulässig sein. Für alte und schwächliche Arbeiter sollen abweichende Lohnabreden mit Zustimmung der Akkordarbeit begegnen. Die Abschaffung der Akkordarbeit begreift den Widerstand von Arbeitern, die etwas Land bewirtschaften und daher erst um 10 Uhr zur Arbeit kommen und bis 4 Uhr bleiben. — Die Unternehmer sind zu Lohnverhöhung bereit, jedoch kaum zu voller Anerkennung der Forderungen, zu denen noch Zusatz von 25–50 Prozent für Überstunden, Lieferung und Schärfen des größeren Werkzeugs gehört, geneigt.

Neueste Nachrichten.

Schweres Explosions-Unglück auf einem französischen Kriegsschiff.

Paris, 7. Januar. Aus Toulon wird gemeldet: In dem Augenblick, da die drei Linienschiffe der französischen Marine „Gaulois“, „Charnon“ und „Massena“ das Signal zur Aussicht nach Bizerta erhielten und sich eben in Bewegung setzten, erfolgte an Bord der „Massena“ eine heftige Detonation, die weit hinüber das große Arsenal hinaus vernommen wurde. Bald erfuhr man, daß das große Dampfreservoir der Hauptmaschine des „Massena“ explodiert sei. Die dort stationierte Feuerwache wurde durch den Dampf zurückgeworfen. Ach! Tot, darunter ein Quartiermeister, drei Ingenieure und vier Heizer lagen in schrecklich verbrannten Zustande auf dem Boden des Maschinenraumes. Der Kommandant des Schiffes beschloß sofort, zurückzukehren und ließ vor dem Hospital Saint-Mandrier Unterkörper wetzen, um die Opfer des Unglücks auszuschiffen. Er erbat durch Funkenspruch vom Hafen Toulon sofortige Hilfe, von wo aus auch unverzüglich mehrere Schlepper entstanden. Der Vorfall ruft nicht nur in militärischen und nautischen Kreisen, sondern auch in der Zivilbevölkerung große Aufregung hervor und erscheint umso bedeutsamer, als gerade im Hinblick auf diese größere Übungsfahrt, die zudem einen wichtigen strategischen Zweck verfolgte, alle Maschinenteile der drei Kriegsschiffe von den Ingenieuren und der Marineleitung einer besonders eingehenden Untersuchung unterzogen worden waren. Eine strenge Untersuchung dieses tödlichen Vorfalles ist sofort eingeleitet worden.

Zur Explosion auf der „Massena“.

Toulon, 7. Januar. Zu dem Explosionsunglück auf dem französischen Kriegsschiff „Massena“ werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Explosionskatastrophe erfolgte um 9 Uhr 45 Min. nachmittags, gerade in dem Augenblick, als sich das Kriegsschiff nur wenige Meter von der Meide entfernt befand. Die Opfer wurden durch den ausströmenden heißen Wasserdampf gräßlich verbrüht. Das Fleisch hing in Fetzen herunter. Zwei davon waren auf der Stelle tot, während zwei, beide Heizer, mit leichteren Brandwunden davonliefen. Der „Massena“ ist das Flaggschiff des Admirals „Alain Sury“. Der Admiral machte sofort dem französischen Marineminister auf telegraphischem Wege Mitteilung von dem bedauerlichen Unfall. Das Unglück hat um so größere Bedeutung hervorgerufen, als die Kesselanlagen des Kriegsschiffes erst vor einem Jahre erneuert worden sind.

Brieflasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Wenn Ihr Gehöft zu Unrecht gesperrt wurde, können Sie Schadensersatz verlangen.

Potsdam. Erlichen Sie nochmals den Gemeindevertreter und den Landrat, daß die Frau in einem Krankenhaus untergebracht wird. Haben Sie Ihnen einer Woche keine befriedigende Antwort, dann schreiben Sie uns sofort.

W. D. Brieg. Kündigen Sie am 15. Januar und ziehen Sie am 15. Februar aus, so muß die Miete bis Ende Februar gezahlt werden.

St. Wendel. Wer jetzt Altersrente haben will, muß mindestens 880 Mark nachweisen. Da die Frau erst 800 Mark gelebt hat, kann sie keine Altersrente bekommen; auch das Nachleben der Mutter für die letzten zwei Jahre würde nichts nützen.

2. Schichtwerderplatz. Die Bahnhofstraße der Hamburger Bahnstrecke in Bremen ist Herrenstraße 19; Bahnhofsende jeden Sonnabend.

2. Eisenbahnstraße. 1. Ja, das Kranengeld aus zwei Straßen darf zusammen den Lohn übersteigen, wenn nicht in den Säulen eine Kürzung des Kranengeldes vorgesehen ist. 2. Nur gestattet auf Bortschriften der Säulen, sonst nicht.

Wetterberichten der Universitäts-Sternwarte.

Tag West. Ostzeit d. 1. 1. 1918 + 8 Uhr	8. Januar mittlerer West. Ostzeit mittlerer West. Ostzeit	9. Januar mittlerer West. Ostzeit mittlerer West. Ostzeit	10. Jan. mittlerer West. Ostzeit

<tbl_r cells="4" ix

13. Quittung.

Für den Stadtverordnetenwahlsonds gingen ein:

Bereits quittiert	5968,61 M.
Durch Hartmann	30,-
Von Gen. Dietrich durch Schröder	0,50
Ust 588 durch Labitze	4,20
" 588 District 4 durch Jellische	1,25
" 92 " 4 Sacher	1,20
" 587 " 4 Vogt	1,50
2. District 13 durch Zigarrenmacher Klein	3,60
Von Seewig	1,75
Ust 521 von den Transportarbeitern d. Blasche	2,10
" 520 dlo. dlo. Blasche	1,85
" 486 dlo. dlo. D. Körner	5,-
" 525 dlo. dlo. P. Wagner	3,05
" 584 dlo. dlo. R. Beigelt	0,70
" 519 dlo. dlo. R. Brückner	2,45
" 492 dlo. dlo. F. Scholz	6,10
" 539 dlo. dlo. W. Motsch	3,45
" 589 durch Dr. Wiel	2,-
2. District 6 durch Starke	4,70
20 Marken zu 10 Pf. District 18 durch Stenzel	2,-
86 " 10 " 9a " Litz	8,60
20 " 10 " 5 Hellrich	2,-
Ust 612 von den Handlungsgesellten	1,-
12 Marken zu 10 Pf. District 8 durch Adam	2,20
15 " 10 " 12 Braumert	1,20
Durch Haas, Brotofse	1,50
20 Marken zu 10 Pf. District 17a durch Gring	2,-
9 " 10 " 15a " Schiffer	0,90
15 " 10 " 8a " Achey	1,50
Ust 306 District 17 durch A. Rosenberger	0,20
" 304 " 17 " Schubert	3,60
" 308 " 17 " Böhm	3,25
" 78 " 8a " Reichelt	1,40
" 87 " 18 " Dünckel	0,60
" 436 durch Neindl	0,50
" 68 District 2 durch Schäfer	1,40
" 61 " 2 " Paul Weiß	0,40
" 69 " 2 " Schmauch	1,50
1. Marken zu 10 Pf. District 19 durch Günther	1,10
Ust 461 durch Hellrich	13,-
144 District 9 durch R. Grosser	5,10
3 Marken zu 10 Pf. District 16a durch Baumann	0,30
10 " 10 " 15 " Danotta	1,-
7 " 10 " 1 " Sattler	0,70

Zentralverband der Handlungsgesellten.
Am Donnerstag, den 9. Januar 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
in den Unionssälen, Reuschestrasse

General-Versammlung

Tagesordnung:

- Bericht vom 4. Quartal 1912 und Jahresbericht.
- Neuwahl der Ortsverwaltung und der Funktionäre.
- Antrag auf Erhöhung eines Ortsbeitrages.
- Verbundangelegenheiten und Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Die Ortverwaltung.

Ohlau. Fabrikarbeiter! Ohlau.
Samstag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr:
General-Versammlung

im bekannten Saal.

Tagesordnung:
Jahresbericht und Wahl des Gesamtverbandes.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

8255

Schlesische Gruppe des Deutschen Bundes für Mutterschutz.
Mittwoch, den 8. Januar, abends 8 Uhr in der
Aula des Magdalengymnasiums:
Vortrag des Herrn Professor Broda, Paris: 1870

„Das Problem der Ehescheidung“
Zur Deckung der Unkosten wird ein freiwilliger Beitrag erhoben.
Freie Aussprache.

Verband der Dachdecker.
Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr:
Veranstaltung im „Bär auf d. Orgel“,
Kupferbeschleuderstraße 38. 8240

Turnerinnen (die Frauen-
abteilung, Turnhalle „Görlitzer Sport“) Samstag, nicht Donnerstag morgen. 8280

Capezierer - Verband.
Wichtige
Mitgliederversammlung
am Donnerstag, den 9. Januar 1913, abends 8 Uhr, im Nachwirtsaal, Water-
gasse 26. jeder Kolleg ist verpflichtet zu
einschneien. 8284

Gewerkschaft-Kartell, Glogau.
Sonntag, den 12. Januar d. J.:
1. Sitzung
Es wird dringend um pünktliches Erscheinen erachtet. 8258

Bahlverein Ohlau.
Die Bezirksführer werden erachtet, bis zum 12. Januar mit dem Kassierer Walzertrum, Böllerausgabe-Seminarium, abzurechnen. 8251

Am 5. d. Mts. verschied nach langer Krankheit und mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, meine unvergessliche Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Auguste Döring
Im Alter von 39 Jahren. Dies zeigt tief betrübt an

Der trauernde Gatte
nebst 6 Kindern.
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle in Oawitz. 8262

Wir empfehlen:
Die Französische Revolution In Wort u. Bild.
Interessanter Text — 250 meist ganzseitige Abbildungen

— nur 3,00 Mark.
zu beziehen durch die Expedition und die Hofpostenre.

Arbeitsmarkt

Geübte Näherinnen
auf bessere Kinderschürzen und hunde Herzenhenden melden sich mit Brotheit und Ausweis bei dauernder Beschäftigung und hohen Lönen. 8229

Posener & Cohn, Ring 60, I.

Liste 286 District 16 durch Starcke

7 "	8 "	8 "	Wegner	70 M.
" 9 "	8 "	8 "	Winkel	4,30
" 14 "	8 "	8 "	Wurgund	4,75
" 15 "	8 "	8 "	X.ndzia	7,70
" 18 "	8 "	8 "	Xreaner	6,85
" 19 "	8 "	8 "	Markus	4,40
" 611 durch Frau Breuer	8 "	8 "	Roder	1,80
" 72 District 2a durch Kurt Schubert	8 "	8 "	St.	1,25
" 271 "	16 "	16 "	Michałowski	4,60
20 Marken zu 10 Pf. District 10 durch Hoffmann	2,-	2,-	"	7,70
Liste 256 District 6 durch P. Schöller	6,80	6,80	"	2,85
" 891 gef. b. den Holzarbeitern	2,85	2,85	"	2,80
" 895 "	8 "	8 "	"	50
" 896 "	8 "	8 "	Erima Konighn	3,40
" 898 "	8 "	8 "	Schütze & Co.	7,-
" 300 "	8 "	8 "	"	2,40
" 411 "	8 "	8 "	"	1,40
" 406 "	8 "	8 "	"	7,50
" 407 "	8 "	8 "	(Liste verloren)	1,85
" 416 "	8 "	8 "	durch Bernhart	6,45
" 434 "	8 "	8 "	"	5,55
Liste 602 durch P. Nöhler	2,-	2,-	"	2,85
20 Marken zu 10 Pf. District 14 durch Weise	5,-	5,-	"	5,-
Liste 254 District 14 durch Linke	1,-	1,-	"	1,-
" 592 gef. s. d. Bildhauer durch Streiter	1,-	1,-	"	1,-
" 594 "	8 "	8 "	"	1,-
Böcker	8 "	8 "	"	4,-
Schäfer	8 "	8 "	"	3,-
Kolisch	8 "	8 "	"	1,-
Liste 498 gef. b. d. Transportarbeitern durch Walter	2,30	2,30	"	1,-
" 65 District 2 durch Bargenda	1,-	1,-	"	1,70
" 59 " 2 " Quibus	1,-	1,-	"	10,-
Durch Richter	1,-	1,-	"	1,-

Zusammen 5656,91 M.

Hölgende Sammellisten sind trotz mehrfacher Mahnung noch nicht abgeliefert: Nr. 23, 181, 221, 225, 228, 458, 460, 270, 273,

274, 318, 355, 356 und 613. Am 11. Januar erfolgt die Veröffentlichung von Namen, Stand und Wohnung des Listeninhabers.

Die Sammlung für den Stadtverordneten-Wahlsonds ist hiermit geschlossen. Gelder für unseren ständigen Wahl-

sonds werden aber jederzeit im Partei-Sekretariat, Neue

Graupenstraße 6, II., entgegenommen.

Telephon 5652. Robert Herrmann, Kassierer.

Breslauer Geschäftsbüchermarkt. Kritischer Bericht über den Geschäftsbüchermarkt am 8. Januar 1913. Die Aufliste betrug: 48 Blätter, 10 Schafe, 20 Küder, 225 Schafe. Lieferland vom vorigen Markt waren: — Minden, Schwerin, Salzwedel, — Schaf, — Schafe.

Es wurden gesucht für 90 Blätter:

I. Muster.	A. Objekt:	Lebendgewicht:
Büffelfeste, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gesogen haben (ausgezogen).	40-49	81-85
Büffelfeste, ausgemästete Kühe, im Alter von 4 bis 7 Jahren.	43-45	80-83
Junge, fehlige, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete Kühe genährt junge, gut genährte ältere.	35-37	70-74
Wölfe 311 durch Frau Breuer	61-63	91-95
72 District 2a durch Kurt Schubert	45-47	79-82
271 "	42-45	76-82
20 Marken zu 10 Pf. District 10 durch Hoffmann	36-39	72-76
Liste 256 District 6 durch P. Schöller	40-44	74-81
" 891 gef. b. den Holzarbeitern	55-57	84-89
" 895 "	42-45	74-81
" 896 "	42-45	74-81
" 897 "	42-45	74-81
" 898 "	42-45	74-81
" 300 "	42-45	74-81
" 411 "	42-45	74-81
" 406 "	42-45	74-81
" 407 "	42-45	74-81
" 416 "	42-45	74-81
" 434 "	42-45	74-81
" 493 "	42-45	74-81
" 494 "	42-45	74-81
" 592 "	42-45	74-81
" 594 "	42-45	74-81
" 595 "	42-45	74-81
" 596 "	42-45	74-81
" 597 "	42-45	74-81
" 598 "	42-45	74-81
" 599 "	42-45	74-81
" 600 "	42-45	74-81
" 601 "	42-45	74-81

Aalkoholfreie Getränke**= Bilz-Sinalco =**

Braun & Braun, F. G. S.
Hauska, 3, Salzstr. 12 (Brannt).
Sibbert, Max, Oderstraße 26.

Thomas Bräuse, Hubenstr. 84.
Telephon 2311.

Bäckereien und Konditoreien

Uder, Walter, Bozenstrasse 43.
Weber, August, Melandstrasse 5.
Dietrich, P., Nauendorfstrasse 36, Edeka Pöhl.
Preißl, Karl, Oderstraße 29.
Wolfsburg, P., Weiß, 90, Weizenstrasse 55.
König, Gustav, Gabitzstrasse 21.
Kraus, Wilhelm, Bismarckstrasse 35.
Wickhoff, Otto, Marktstraße 2.
Monk, Wilhelm, Leipzigerstraße 13.
Wagner, Eduard, Friedrichstraße 43.
Wallie, Gust., Alsenstrasse 54.

Badeanstalten

Wrieznitz-Bad, Neue Galje 14.

Bundesgäste

Stüche, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Rein, Joh., Schmiedebr. 17/18.**Beltfedern und Schnittwaren**

Geschw. Kast, Anderssenstrasse 2.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger**Brauerei Sacrau**, C. G.**Genossenschafts-Brauerei**

Zum Buchbaum e. G. m. b. H.

Hopf & Görde, Bier.

Korn, Josef, Oderstraße 3.

Wenzel, J., Kupferstrasse 5/5.

Schell, Gustav, Zehnstraße 76.

Bogert, G., Neustadtstraße 22.

Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Bier-Apparate, Kohlensäure

Schlangen, Paul, Schmidtbüd. 53.

Café

Ritter-Friedrich-Café, Bismarckstrasse 58.

Damen-Konfektion**Rösel, Feix,** Oberstraße 7.**Damen-Schneiderei**

Flüggen von Elisen Unterstrasse 48.

Drogen und Farben

Hugos-Drogerie, Bismarckstrasse 22.

Wilhelms-Drogerie, Gräbchenstraße 86.

Hugos-Drogerie, Klosterstrasse 147.

Kloster-Drogerie, Klosterstr. 11 Edeka Gold.

Neuer-Drogerie, Neue Alberstraße 110.

Ritter, Paul, Bismarckstrasse 104.

Sohn, Bruno, Königsbergerstraße 16.

Zobelt-Drogs, Tiefstr. 102, Edeka Gold.

Eisen- u. Stahlwaren

Höger, Otto, Metallstrasse 170, Colonialhaus

Neubauer, M. G., Erfurt, Steinbachstr.

Högl, O., Schönstr. 18 (Reisebüro)

Stahl, Otto, Bismarckstrasse 91/93.

v. Tschisch, L., Nachf., Klosterstr. 75.

Fahrräder, Fahrradsachen

Brandstätter, Franz, Jahnstr. 70.

Brandstätter, Franz, auf, Ritterstr. 92.

Homann, Wilhelm, Tauenstrasse 58.

Hermann, G., Neue Lauenstrasse 52/54.

Heßler, G., Carl-Wilhelmstr. 7, I. Zeile 1.

Ring, 3, Ruffstrasse 152.

Färber- u. Wäscherei

Kelling, W., dem Färber-

Seine, Färber, Reinigung.

Riegel, M., dem Färber,

früher Paul, Färber, Fink.

Fische u. Delikatessen

Stein, 100, Bismarckstr. 152.

Wolpert, Otto, Bismarckstr. 22.

Wolpert, Otto

Vierter Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Berlin, 8. Januar 1913.
Erster Verhandlungstag.
(Vormittagssitzung.)

Die Verhandlungen finden in dem mit roten Fahnen und Tischröcken geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses statt, der von Delegierten dicht gefüllt ist. Nach zwei Gesangsvorführungen des Arbeitergefangenvereins „Morgengrauen“ eröffnete

Eugen Ernst-Berlin den Parteitag und heißt die Delegierten im Namen der preußischen Parteileitung und der Berliner Gewerkschaften herzlich willkommen. Er würfelt den Verhandlungen einen befriedigenden Verlauf. Die Beratungen des Parteitages fallen in eine politisch ernste Zeit. Auf den Marokkocoup folgte der Tripolistaubung und noch rachten die Trümmer von Tripolis, da begann ein neuer Krieg, der noch heute die Gefahr eines allgemeinen Weltkrieges in sich trägt. Noch wissen wir nicht, ob diese Gefahr abgewandt ist, und schon drohen neue internationale Konflikte in Kleinasien und in Ostasien. In dieser Zeit des Menschenmordes hat der Gedanke des Wohlstandes nur eine Zufluchtsstätte: das internationale Massenbewusstsein Proletariat. (Zustimmung) Allein ist

Macht des aufgestörten Proletariats kann die Freiheit des Krieges bauen.

Auch im Innern möchte die Raubpolitik des Kapitals unumstößlich herrschen. Immer lauter werden die Rufe der Schärmacher nach Abschaffungsmaßnahmen gegen die Arbeiter und die neue Staatsgesetzmäßigkeit soll das Buchausgabe zum gemeinsamen Recht machen. Vor allem blieben die Landarbeiter, die am reichsten belastet und am zehnmalsten sind, aus unseren Verhandlungen, weil wir ihnen den Weg zu einer Verbesserung ihres jammervollen Lohnes zeigen wollen. Wir stehen allein. Es wäre der verhängnisvollste Irrtum, wenn wir auch nur den Gedanken begännen, von irgend einer Seite Hilfe zu erwarten. Keine Partei außer der Sozialdemokratie hat in den Parlamenten die Interessen der Arbeiter gewahrt. Das Zentrum hat mit seiner Haltung beim Streit der Industriegewerke sein wahres Gesicht gezeigt und die sanften Töne der Opposition der Nationalliberalen gelegentlich der Reichsfinanzreform sind längst verstummt. Man duftet schon wieder um die Freiheitlichkeit der Linken. Diese rechtslosen Feinde der Arbeiter sitzen fest im Sattel denn sie. Und doch sollte die Geschichte eine Lehrerin sein. Durch die

Freiheit und den elenden Verrat der Linken

brach Preußen vor hundert Jahren zusammen und nur durch die Hingabe des Volkes wurde der Staat gerettet. Dieses Volk aber wird systematisch ferngehalten von jeder Mitbestimmung. Die Linken sind die Herren. Über es wird der Tag kommen, wo dieses System der Volksentretung sich an den Trägern des Systems selbst rächtan wird. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Das preußische Volk hat das Recht, wenn es die Macht hat, dem Staat seinen Willen aufzudrücken. (Sehr richtig!) Stabhart hat das preußische Volk dieser feinen ersten Freiheitskampf zu führen. Wir werden den Kampf führen voll Ehrlichkeit über alle uns zugestellten Demütigungen und voll Hass gegen die Schnäcke der Entecklung. Wir werden die Lauen aufzuteilen und unsere Verhandlungen werden getragen sein von dem festen und unerschütterlichen Willen des preußischen Proletariats, die Herrschaft der Reaktion auch in Preußen zu brechen, und von der freien Siegeszuversicht: Und wenn die Welt voll Teufel wäre, unter die Welt troh alledem. (Stürmischer Beifall.)

Zu Vorfürschen werden gewählt Ernst-Berlin und Gehrke-Elberfeld. Ferner werden sechs Schriftführer und eine Mandatsträgerskommission gewählt.

Zwei Anträge, die Polenfrage und die Jugendpflege in Preußen auf die Tagesordnung des Parteitages zu legen, werden abgelehnt, so daß es bei der von der Landeskommision vorgeschlagenen Tagesordnung verbleibt.

Vor. Ernst begrüßt den Genossen Saunders als Vertreter der englischen Arbeiterpartei.

Saunders (Eduard Bernstein) überzeugt die Reder über die Grüße der englischen Arbeiter. Er beglückwünscht die deutschen Sozialdemokraten zu ihrem letzten großen Wahlsieg und zu dem herrlichen Aufbau ihrer Organisationen. Er würde dem Parteitag vor allem in dem Bestreben bestehen Erfolg, das preußische Wahlrecht zu demokratisieren. Er schließt: Wir englischen Genossen wünschen, daß, erst wenn die Sozialdemokratie in Deutschland die politische Macht hat, alle Streitigkeiten zwischen beiden Nationen verschwunden sein werden. (Beifall.)

Vorführender Ernst: Wir erwünschen die Grüße unserer englischen Arbeitsbrüder herzlich und bewundern die Tatkraft, mit der sie trotz aller Widerrückslagen immer wieder die Fahne des Sozialismus hochhalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein.

Eugen Ernst erstattet den

Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.

Die Landeskommision hat keine Gelegenheit zur Präsentierung unserer Wahlrechtsforderungen vorübergehen lassen. Der Wahlrechtsentwurf der Regierung von 1910 kam einer dreifachen Verhöhnung des arbeitenden Volkes gleich. Gewaltige Versammlungen und Demonstrationen haben Zeugnis abgelegt von der Entrüstung des Volkes über diesen Wechselbalg zw. einer unsäglichen Bürokratie und einer blinden Volksfeindlichkeit. Im Dreiklassenparlament und im Herrenhaus zeigten die bürgerlichen Parteien ihren wahren Charakter. Eine Untersuchung der Arbeiter ist heute nicht mehr möglich. Als die Partei der elendesten Geuelei und Insamie hat sich das Zentrum gezeigt. Es hat sein Programm in der hinterhältigsten Weise vertragen. Trotz des königlichen Versprechens war niemand froher als die preußische Regierung, da der ganze Spül vorüber war. Und als sie später an das Versprechen erinnert wurde, lehnte sie seine Einlösung durch den Mund des Kanalrebellen Dallwitz glatt ab. Es war also nichts mit der Wahlreform, weder bei der Regierung noch bei den herrschenden Parteien. Das arbeitende Volk wird sich auf seine eigene Kraft befreien müssen, wenn es etwas erreichen will. Die preußische Wahlrechtsfrage wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. (Sehr richtig!) Nun wieder werden die Proletarier an die verschlossenen Tore pochen und die Wale der Reaktion berennen. Das preußische Volk empfindet die politische Rechtslosigkeit als eine brennende Schmach. Wie groß die Entblösung war, zeigte der Vorschlag vieler Parteioberen, die Provokation der Regierung mit dem politischen Maßnahmestreich zu beantworten. Die Landeskommision hielt dieses Kampfmittel aber nicht für opportun, ohne damit ausdrücken zu wollen, daß sie eine Gegnerin des Kampfes sei. Dreihundert die herrschenden Klassen ihren Spott mit dem arbeitenden Volk so weiter, schaltet man auch weiter das preußische Volk von jeder Mitbestimmung aus, verharren die Herrschenden in ihrer Einsichtslosigkeit und gebieten es die Umstände, dann bleibt dem arbeitenden Volk

Kein anderes Mittel, als der Reaktion seine Kraft zu zeigen.

(Lebhafte Zustimmung) Zur Belebung der Agitation auf dem flachen Lande haben wir eine Reihe von Flugblättern herausgegeben. Der Boden war steinig, aber die Agitation war nicht erfolglos.

Wir wollen in dieser Agitation nicht nachlassen, bis auch dem letzten Arbeiter der heiße Zorn über seine Rechtslosigkeit gewacht hat. In allen unseren Aktionen stand die Partei einsig und geschlossen hinter uns. (Bravo!) Neben der Parteipresse hat auch die Gewerkschaftspresse wesentlich zur Ausübung der Massen über den Wahlrechtskampf beigetragen. (Bravo!) Unsere einzige Einnahmequelle ist nach wie vor die deutsche Parteikasse. Da diese nicht so leicht versteigt, brauchen wir keine Angst zu haben, je in Not zu geraten. (Heiter.)

Neben den wackeren Freitern, die der Tod mitten aus der Arbeit für die Partei herausgerissen hat, hat die Landeskommision den schmerzlichen Verlust folgender Mitglieder zu beklagen: Heinrich Klingenhagen, Paul Singer, Hermann Borchmann, Hermann Stolze, Leo Liepmann, August Steiger. Wie werden ihr Andenken stets in Ehren halten. (Der Parteitag hat sich erhoben.) Der Kampf um das Wahlrecht und die Gestaltung des Wahlkampfes stehen im Mittelpunkt unserer Verhandlungen. Wir haben noch keinen direkten Erfolg gehabt und wie waren uns in auch der Schwierigkeit des Namens von Anfang an bewußt. Preußen ist die stärkste Festung der Reaktion. Der Juniz war jetzt nicht zu umschreiten. Der preußische Liberalismus aber ist verwässter und kraftloser als andererorts. Von ihm ist ernsthafte Hilfe nicht zu erwarten. Will er sich über aufzurufen zu manifester Rant, so sind wohl seine Bundesgenossen. Wir haben die Gewissheit, daß der Kampfsieg für uns ausgehen muß, weil auf unserer Seite das Recht steht, und weil unser Kampf getragen wird von den hinzuhörenden Freien und der leidenschaftlichen Begeisterung der größten Massen. (Lebhafte Zustimmung.)

Zur Diskussion liegen Wortmeldungen nicht vor. Ein Antrag Weintraub-Wagdeburg, die Landeskommision zu beauftragen, durch die Kreisorganisation bei den bevorstehenden Landtagswahl die sozialdemokratischen Wählerrstimmen in drei Wählerklassen und die Wahlmännerstimmen bei der Abgeordnetenwahl selbstständig zu zählen, und den Kreisorganisationen das Wahlmaterial dastehen zu Verfügung zu stellen, wird dem Geschäftsführer Ausschuss überwiesen.

Es folgt der

Bericht der Landtagsfraktion.

Berichterstatter Ströbel-Berlin: Der preußische Staat ist ein Spiegelbild der preußischen Politik. Die Betriebsverhältnisse sind so, daß, wie die jämmerlichen direkten Stimmen und man weiß längst darüber, daß die Gewerkschaften in den Staatsbetrieben so energisch wie möglich gehandhabt werden. Die Stärke der preußischen Staatsfinanzen bildet der Eisenbahnbau ab. Aus jenen Überüberschüssen sind in den Jahren von 1899 bis 1911 über 7500 Millionen Mark Ueberschüsse gemacht worden, während die Eisenbahnhilfsume nur 750 Millionen betrug. Ein erheblicher Beitrag der Ueberschüsse wird seit 1910 in einem Auszahlungsfonds abgeführt, der 1913 schon über eine halbe Milliarde beläuft wird. Der Preis ist durchsichtige. Die direkten Stimmen sollen weiter gehalten werden. Deswegen will man auch die Neuanträge nicht aus Aufseßmitteln bestreiten. Wir würden dafür sein, dies zu tun, wenn die dadurch frei werdenden Mittel aus den Ueberschüssen zur Erfüllung von Kulturaufgaben verwendet würden. Darauf ist in Preußen leider nicht zu denken. Auch der viel bekanntere Wagenmangel in Preußen, unter dem die ganze Industrie leidet, und durch den die Bergarbeiter im Millionen geschädigt sind, ist auf das Sparfond der preußischen Eisenbahnhilfsume zurückzuführen. Die Entwicklung der bürgerlichen Parteien über den Wagenmangel, die diese Mäßigtumshilfsume mitmachen, ist deshalb nur nominal. Auch die Ballkanäle haben bei dem Wagenmangel eine Rolle gespielt. Viel Wagen sind für eine Mobilisierung aufzuhalten worden; man sieht, welche schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen schon die bloße Kriegsgefahr hervorruft. Alle Straßen müssen wie aufzubauen, um einen freien Krieg schon im Heime zu erschaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bericht des vereinigten Pluswirtschafts

leben namentlich die Eisenbahnarbeiter. 36 Prozent haben ein Einkommen unter 1200 Mark. (Lebhafte Hörer, hört!) Und nur 15 Prozent verdienen über 1500 Mark. Die Eisenbahnhilfsume stellt möglichst keine Voraussetzung ein, sondern sie ist ausländer, damit die Gewerkschaft ihre Arbeiter mit billigen Löhnen abspeisen können. Über die Bedürfnisse der Arbeiter bei der Vornahme von Lohnerhöhungen erfordert sie sich nicht bei den Arbeitern, sondern bei kapitalistischen Organisationen. (Hört, hört!) Auch die mittleren und unteren Eisenbahnbeamten sind sehr schlecht gestellt; mindestens sollten sie eine Leistungszulage bekommen. Der hierfür vorgesehene Beitrag von 3 Millionen für 1913 ist für die nach Hunderttausenden zählenden Unterbeamten empörendlich. Bei der Beamtenbefordlung wurde ihnen eine Erhöhung des Wohnungsgegenwartspflichtes versprochen; sie sind darum geprellt worden, indem hundert große Orte in eine niedrigere Gehaltsklasse versetzt wurden.

Auch der staatliche Bergwerksbetrieb

soll möglichst hohe Ueberschüsse bringen. Den Schärmachern sind sie nicht hoch genug, und sie machen dafür die Faulheit der staatlichen Bergarbeiter verantwortlich, so daß selbst die Regierungsbürokraten die Arbeiter dagegen zu schützen nehmen mühten. Eine Untersuchung zur Untersuchung der Bergwerkskämlinge wurde eingezogen, und in dieser wurde betont, der Staat müsse möglichst viel aus den Bergarbeitern herauspressen, damit auch die privaten Bergwerke nicht gezwungen werden, bessere Arbeitsverhältnisse zu gewähren; die staatlichen Betriebe müßten zu möglichst billigen Gestehungskosten möglichst viel Rohstoffe gewinnen und sie möglichst wohltätig absetzen. Das war ein Schlag ins Gesicht jeglicher Sozialpolitik. Wilhelm II. hat einmal erklärt, Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein; hier aber erklärten die Dreiklassendamen das Gegenteil. Die Empörung über dieses System zeigt der Verzweiflungsalt der treiflichen Bergarbeiter im Saarrevier, der nur durch die Persiflage des Führers abgenutzt wurde. (Zustimmung.) Auch die Föhrer werden in Preußen von allen Bundesstaaten am schlechtesten bezahlt, und es ist darum lächerlich, daß gerade ein Zentrumstreben die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung für diese Arbeiterschicht röhrt und die Regierung aufordert, keine gewerkschaftliche Organisation unter ihnen zu dulden. (Hört, hört!) Finanzielle Plausiblerei und Steuerpolitik gehören in Preußen zusammen. Um die Mittel für die Erhöhung der Beamtenbefordlung zu schaffen, wurden

Steuerzuschläge

beschlossen, aber ohne Befreiung für die unteren Einkommensstufen und ohne Steigerung der Progression bei großen und größten Einkommen. Unser Antrag auf Steuererhöhung der Einkommen bis 1500 Mark wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, wenigstens die Steuerstufe von 900 bis 1050 Mark steuerfrei zu lassen. (Hört, hört!) Dafür wurde die Besteuerung der Gewerkschaften über das Einkommen ihrer Arbeiter und Angestellten festgestellt wurde auf Einkommen über 3000 Mark ausgedehnt. Unser Antrag, dieses standesamtliche Urteil für die Angestellten und Arbeiter überhaupt zu bestätigen, wurde abgelehnt. Beschlissen wurde auch ein Abbau des 1909 beschlossenen Steuerzuschlags, aber nicht etwa in dem Sinne einer Entlastung der unteren Einkommen. Die Besitzenden entlasten sich immer mehr, aber für

die Besitzlosen wird die Steuerzuschlag immer weiter angezogen. Daher gibt es in Preußen kein Geld für Kulturaufgaben. Das beweisen die bekannten

„Schulaläste“ in Ostpreußen.

Über 7000 Schulen mit 1% Million Kindern sind überfüllt. Die herrschenden Altersklassen stimmen das aber nicht, die dümmsten Arbeiter sind ihnen ja die besten Auszubildungsobjekte. Der Kulturausbau ist erträglich wird für den wichtigsten Teil des Unterrichts erlaubt, sogar unter Zustimmung des Kreisministers. Selbst die Fortbildungsschulen will man verbauen. Zum Beispiel des Abgeordnetenhauses gehören auch die Kulturaufgaben, die uns unseren Sozialen herbringen können, da ja gerade die Nationalsozialisten die Volksschule des alten Reiches ausgelöscht haben. Der Kulturausbau des Justizministeriums gab Gelegenheit zur Kritik unserer Abgeordneten. Was Geistes sind unsere Justizminister ist, beweist sein Urteil über den abwürgenden Schanddämonenprozeß. Aus Anlaß des Moabiters Straffällenprozesses verlangte er eine Verhinderung der Beweisaufnahme. Zu diesem Justizminister paßt trefflich

der Polizeiminister v. Dallwitz.

noch schönen Behauptung die Polizei in Düsseldorf sich lächerlich gehalten hat, segnet der Mörder des Arbeiters Hermann. Nicht einmal der Kreisler vermag sich zu einem Protest gegen die Schwarzmarktrei im Abgeordnetenhaus aufzuschwingen. Man sieht dort so recht, daß letzten Endes alle bürgerlichen Parteien realistisch bis auf die Knochen sind. Das hat sich auch bei der Schaffung des Jugendkorruptionslaws gezeigt, ebenso bei der Sitzung des Reichstags zur Wahlrechtsfrage. Natürlich muß angefangen die Zustände zwischen den Sozialdemokraten und den Jüngern stimmen. Man sieht uns vor, wir hätten den Ton des Jüngers verschlechtert. Dabei hat Herr v. Papenheim gleich zu Anfang einen sozialdemokratischen Redner zugelassen: „dieser Bengel“. (Lebhafte Zustimmung) Aber es gab den ersten Anlauf zur Verschärfung der Geschäftsaufstellung und zur Schaffung des bekannten Haushaltsparagraphen. Die Verarbeitung des Gesetzes v. Borchardt, gegen den dieser Paragraph angewendet wurde, beweist, wie richtig Treitschke urteilte, als er alle Rechtsfragen letzten Endes für politisch erklärte. Der Hinauswurf Borchards war von uns keineswegs provoziert, sondern ist mir der Hinauswurf des von Herrn v. Papenheim aufgezeigten Brüderchen v. Erffa zuzuschreiben. Aber nicht wir sind die Leidtragenden, sondern die Herren, die den Haushaltsparagraph geschaffen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Tätigkeit der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus besteht

Reineswegs im Radumachen.

An dieser jüngsten Ausschau ist vor allem die Verstärkung der bürgerlichen Presse schuld. Was unser Redner im Landtag vorgebracht habe, muß im bevorstehenden Wahlkampf unter den Massen verbreitet werden. Dann wird es uns an Agitationssstoff nicht fehlen. Die Hauptaufgabe ist, daß unsere Partei den Massen gelange, und die Einwirkung auf die Massen wird schließlich auch das einzige Mittel sein, um die Wahlrechtsbewegung zu fördern. Die Sichtkraft der proletarischen Gewerkschaften muß so stark werden, daß die preußische Freiungburg zusammenbricht. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion

wirkt

Dorf-Breslau der Fraktion für die mühevolle Tätigkeit vollsten Dank und Anerkennung aus. (Zustimmung) Unsere Anstrengung ist so lächerlich, daß wir nur den Wunsch nach ebensolcher Fortsetzung dieser Tätigkeit haben. Wir schicken unsere Vertreter in die Parlamente, damit sie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, und nicht dazu, daß sie aus den Parlamenten herausgeworfen werden. Die schwere Bekleidung dieses Hinauswurfs müssen wir tragen, möge es noch solange dauern. Überall wo das Volk zu entscheiden hat, liegen die Jünger aus den Parlamenten hinaus. Feder unser sechs Landtagsabgeordneten vertreibt 100 000 Wähler und muß entsprechend respektiert werden. Wie müssen uns jetzt darüber schlüssig werden, wie wir möglichst viele von den Hinausgeworfenen unserer Genossen aus dem Parlament hinauswerfen können, (Beifall.)

Die Diskussion schließt.

Es folgt die Beratung von Anträgen. Ein Antrag Brieskau betreffend Abgabe von Landtagswahlabschlägen zum Sebstkostenpreis wird der Landeskommision überwiesen. — Ein Antrag Berlin IV strebt eine reichlichere Versorgung der Landbevölkerung mit Agitationsmaterial durch die Erwachsenen in der Stadt an.

Nach kurzer Debatte, in der Wels-Berlin betont, daß dieser gute Gedanke wohl schon überall durchgeführt werde, ein organisatorischer Zwang dazu jedoch aber nicht wünschenswert erscheine, wird der Antrag der Landeskommision überwiesen.

Ohne Debatte wird ein Antrag Nassenow angenommen, der die Landeskommision auffordert, die Ungerechtigkeit des geltenden Steuersystems agitatorisch mehr auszuüben. Ebenso ein Antrag Berlin IV, wodurch die Bestimmungen des Gesamtvertreterklaus über die Wahl der Vertreterdelegierten auch auf die preußische Landesorganisation übertragen werden.

Zwei Anträge von Nassenow und Teltow-Breslau auf Errichtung einer kommunalen Auskunftsstelle für die in den ländlichen Gemeindevertretungen tätigen Genossen werden der Landeskommision überwiesen, der die Errichtung dieser Auskunftsstelle überlassen bleibt.

Eine längere Debatte entpuppt sich über einen Antrag Berlin IV, der

Doppelkandidaturen

zum Reichs- und Landtag für ungültig erklären will.

Poersch-Berlin begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die geringe Stärke der Landtagsfraktion, von der kein Mitglied erachtet werden könnte.

Garnett-Berlin III schließt sich dem an und bemerkt, daß er im Landtag öfter konstatiert habe, daß mehrere Mitglieder der Fraktion fehlten.

Stahl-Spandau verweist auf das treffende Argument Hebecks in Chemnitz, der die hohe Bedeutung der Kenntnis der Landtagsverhandlungen für Reichstagsabgeordnete und ungefehlt festgestellt hat.

Dorf-Breslau: Das alle Parteien Doppelmandate haben, beweist genügend ihre Notwendigkeit. Unsere Abgeordneten brauchen nicht wie Schulkindern während der ganzen Sitzung dazuzuhören.

Hedden-Frankfurt a. M. verweist auf Ulrich-Hessen und Bellmar-Bayern, um die Bedeutung zu kennzeichnen, die gerade Doppelmandate gewinnen können.

Wess-Brandenburg: Eine generelle Entscheidung ist abzuleh

